

## Wortprotokoll

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Arbeit, Integration, Berufliche Bildung und Frauen**

47. Sitzung  
25. September 2014

Beginn: 10.07 Uhr  
Schluss: 12.32 Uhr  
Vorsitz: Anja Kofbinger (GRÜNE)

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

Siehe Inhaltsprotokoll.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Wir kommen zu

#### Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Interkulturelle Öffnung der Jobcenter**  
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der  
CDU)

[0102](#)  
ArbIntFrau

Hierzu: Anhörung

in Verbindung mit

#### Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 17/0973  
**Arbeit der Jobcenter effektiver gestalten!**

[0122](#)  
ArbIntFrau(f)  
GesSoz

in Verbindung mit

#### Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0149](#)  
ArbIntFrau  
**Umsetzung der Jugendberufsagentur in Berlin**  
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0152](#)  
ArbIntFrau  
**Jugendberufsagentur für Berlin**  
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU)

Ich begrüße ganz herzlich Frau Cordt. Sie sind die Nachfolgerin von Herrn Wagon, und ich freue mich sehr, dass es geklappt hat, dass wir Sie so zeitnah nach Antritt Ihres schweren Amtes hier begrüßen können. Viele Abgeordnete haben ja auch schon Kontakt zu Ihnen aufgenommen, habe ich gesehen und gehört. Deshalb möchte ich Sie bitten, sich selber kurz vorzustellen und ein kurzes Eingangsstatement zu machen. Sie kennen ja diese drei Anträge bzw. Besprechungspunkte, die wir mitberaten. Unsere Themen sind heute die interkulturelle Öffnung der Jobcenter, die Arbeit im Jobcenter effektiver zu gestalten und der wichtige Punkt Jugendberufsagentur. – Möchte jemand ein Wortprotokoll beantragen? – Das ist der Fall. Wir haben schon gesagt, auf die Begründungen wird verzichtet, und wir behandeln die drei Tagesordnungspunkte zusammen. – Bitte sehr, Frau Cordt, Sie haben das Wort!

**Jutta Cordt** (Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit – RD BB –): Herzlichen Dank! – Frau Vorsitzende! Liebe Frau Kolat! Ich freue mich, dass ich heute so frühzeitig bei Ihnen sein kann und die Gelegenheit habe, zu den Tagesordnungspunkten, die auf der Agenda stehen, und zu den wichtigsten Punkten zu Ihnen zu sprechen. Mit der Einladung hatten Sie mir auch die Möglichkeit eingeräumt, Ihnen die Schwerpunkte, die ich setze oder hier in der Region sehe, kurz vorzustellen. Das werde ich auch machen. In Anbetracht der Zeit werde ich mich kurz halten, und ich denke, wir haben dann ja auch die Möglichkeit, über Fragen ins Gespräch zu kommen.

Ich werde weiter, wie es auch Herr Wagon in der Vergangenheit getan hat, zwei Schwerpunkte definitiv verfolgen, die wir auch in unserem Zukunftsprogramm Berlin-Brandenburg niedergelegt haben und die gemeinsam mit den Partnern entstanden sind. Das ist einmal die Jugendarbeitslosigkeit, und das zweite große Thema ist die Reduzierung der Zahl der Langzeitleistungsbezieher. Ein drittes Feld, das für Berlin sicherlich auch wichtig ist, ist die Klagereduzierung. Diese drei Schwerpunkte Jugendarbeitslosigkeit, Langzeitleistungsbezieher und Langzeitarbeitslose werden unsere Hauptfelder sein, und ich denke, das verwundert Sie auch nicht. Wenn man sich die Daten und Fakten zum Arbeitsmarkt anschaut, sind das mit Sicherheit die besonderen Herausforderungen.

Zum Stichwort Jugendarbeitslosigkeit möchte ich ganz kurz unsere Vorstellungen benennen, ohne hier ins Detail zu gehen. Wir haben hier zwei Punkte, an denen wir als Bundesagentur arbeiten, entweder alleine oder auch in gemeinsamer Verantwortung mit den Partnern. Das ist einmal der Übergang von Schule in Ausbildung, das ist die erste Schwelle. Die zweite Schwelle ist der Übergang von Ausbildung in Arbeit. Die beiden Themenfelder sind unter dem Stichwort Jugendarbeitslosigkeit für uns auch die Handlungsfelder.

Zu der ersten Schwelle haben wir drei Themen auf der Agenda. Das ist einmal das gemeinsame Konzept, das wir im Moment mit dem Land entwickeln. Das ist die Justierung der Berufs- und Studienorientierung. Mit Sicherheit gibt es auch hier einen Kenntnisstand darüber, weil das natürlich die Basis dessen ist, wie der Übergang in die Ausbildung gelingen kann.

Das zweite Thema führt schon zum Tagesordnungspunkt 3, dem will ich nicht vorgreifen. Das ist das Themenfeld Jugendberufsagentur. Von der Schnittstellenverringerung versprechen wir uns, dass wir dort Übergänge besser gestaltet werden.

Einen dritten Punkt möchte ich jetzt nennen, weil wir gerade am Beginn des neuen Ausbildungsjahres sind. Das ist die Initiative unter dem Label „Ausbildung hat Vorrang“, die unsere Selbstverwaltung in Nürnberg ins Leben gerufen hat. Ich möchte hier zwei Elemente herausnehmen, die wir ausbauen werden – da sind wir gerade im Gespräch mit dem Land –, und zwar einmal die assistierte Ausbildungsvermittlung, das heißt: Wie kann man den Übergang von der Schule in die Ausbildung noch ein Stück verbessern? Da war der Wunsch unserer Selbstverwaltung in Nürnberg, ggf. eine Gesetzesänderung zu erreichen, und falls nicht, hier zumindest in Kofinanzierung mit den Ländern voranzuschreiten. Das ist das eine Element dieser Initiative. Ein zweites, das ich hier nennen möchte, sind zusätzliche Ausbildungsstellenakquisiteure. Das sind Mitarbeiter, die sich spezifisch darum kümmern, für Jugendliche, die es nicht immer direkt schaffen, aus dem Ausbildungsmarkt Fuß zu fassen, Arbeitgeber zu finden, das heißt also, auch für die Jugendlichen, die vielleicht nicht auf den ersten Blick gewinnen, Ausbildungsmöglichkeiten zu erschließen. Das sind die beiden Punkte, die aktuell nicht in der Umsetzung, sondern in der Planung sind. Das Stichwort Ausbildungsstellenakquise wird zu Beginn 2015 relevant werden. – Bei diesen Punkten für die erste Schwelle möchte ich es belassen.

An der zweiten Schwelle, dem Übergang von der Ausbildung in den Beruf gibt es die Initiative „AusBILDUNG wird was – Spätstarter gesucht“, die Ihnen sicherlich bekannt ist. Es ist uns wichtig, für Jugendliche, die vielleicht keine Ausbildung gemacht und schon gearbeitet haben, im niedrighwelligen Bereich Möglichkeiten über Qualifizierung zu eröffnen. – Das in aller Kürze zum Thema Jugendarbeitslosigkeit.

Als zweites Themenfeld hatte ich Ihnen die Langzeitarbeitslosen genannt. Auch hier sei nur noch eins hervorgehoben: Mit dem Zukunftsprogramm, das wir entwickelt haben, haben wir uns in den Jobcentern insbesondere auf Personengruppen konzentriert, die wir mit spezifischen Programmen und Ansprachelementen erreichen wollen. Das werden wir sicherlich fortführen, um hier auch die Erfolge zu generieren. – Das vielleicht vorweg als Einleitung. Also Jugendarbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit waren Schwerpunkte und werden es auch unter meiner Führung bleiben.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank, Frau Cordt! – Jetzt kommen wir zur Stellungnahme des Senats. – Frau Senatorin, bitte!

**Senatorin Dilek Kolat (SenArbIntFrau):** Vielen herzlichen Dank! – Ich würde gern die Gelegenheit nutzen, um noch einmal zu unterstreichen, dass die Ziele, die Frau Cordt hier dargestellt hat, sich mit den Zielen des Senats decken. Es ist auch ganz wesentlich, dass die Politik der Bundesagentur und die Landespolitik hier an gemeinsamen Zielen arbeiten. Das ist etwas, was wir uns im Rahmen von „Berlin-Arbeit“ von Anfang an vorgenommen haben nach dem

Grundprinzip: Wenn wir die Ziele und Maßnahmen aufeinander abstimmen, dann ist die Wirkung unserer Anstrengungen umso höher. Das hat sich in den letzten Jahren bestätigt, und ich freue mich, dass wir, Frau Cordt, mit genau diesem Grundprinzip auch weiterarbeiten können. So steht im Rahmen von „Berlin-Arbeit“ die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und der Jugendarbeitslosigkeit im Fokus. Wenn man sich die Zahlen vom August 2014 im Vergleich zu denen vom August 2013 in diesen beiden Bereichen, die Sie genannt haben, kurz anschaut: Wir haben es in Berlin geschafft, auch die Langzeitarbeitslosigkeit abzubauen, es gibt 4 300 Langzeitarbeitslose weniger in Berlin. Ich unterstreiche das deshalb, weil es immer heißt, Langzeitarbeitslosigkeit abzubauen, gehe gar nicht oder sei besonders schwierig. Das heißt, dass die Dynamik auf dem Arbeitsmarkt in Berlin an den Langzeitarbeitslosen nicht vorbeigeht, sondern wir hier auch Integration hinbekommen. Ich denke, das ist ein Ergebnis der gemeinsamen Bemühungen.

Punkt zwei: Auch die Jugendarbeitslosigkeit ist nicht nur ein Thema für andere europäische Länder, sondern auch für Berlin. Wir sind bei „Berlin-Arbeit“ mit 14 Prozent gestartet. Wir haben auch die Jugendarbeitslosigkeit drastisch abbauen können und sind zurzeit bei 11,6 Prozent, die Zielmarke 10 Prozent haben wir angepeilt. Auch hier eine Zahl für das letzte Jahr, August 2013 bis August 2014: Es waren 1 600 Jugendarbeitslosen weniger.

Die beiden Projekte, die Sie angesprochen haben, begleiten wir auch hier im Parlament. Die ganz großen Projekte, die wir gemeinsam ansteuern, sind die Landeskonzepktion Berufs- und Studienorientierung in Federführung der Bildungsverwaltung – den Übergang von Schule zu Beruf zu optimieren, da sehen wir sehr viel Optimierungsbedarf – und in diesem Kontext – die Themen haben sehr viel miteinander zu tun – die Jugendberufsagentur. Auch da bin ich froh, dass wir hier gemeinsam einen Weg gefunden und gesagt haben: Wir haben zwölf Bezirke im Land Berlin. Wir haben eine Vorstellung, wie die Jugendberufsagentur aussehen kann, und wir werden mit den Bezirken gemeinsam diesen Prozess voranbringen. Da sind wir auch schon sehr weit in den Vorkehrungen. Ich denke, dass wir beim Abbau der Jugendarbeitslosigkeit ein ganzes Stück vorankommen können, wenn wir diese beiden großen Projekte, die wir jetzt schon auf Hochtouren in der Umsetzung haben, weiter voranbringen. In diesem Sinne wird unser Gemeinsames Rahmen-Arbeitsmarktprogramm hier auch Wirkung zeigen, denn genau diese Themen sind seine Schwerpunkte.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank, Frau Senatorin! – Wir kommen nun zur Aussprache. Als Erster steht Herr Korte auf der Redeliste. – Frau Breitenbach!

**Elke Breitenbach (LINKE):** Ich habe eine Frage zur Orientierung. Bei welchem Tagesordnungspunkt sind wir gerade? Alles guckt sich gerade etwas irritiert an. Ich dachte, das war jetzt einleitend Ihre kurze Vorstellung. Das war's? Oder sind wir jetzt bei der interkulturellen Öffnung?

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Ja, wir hatten gesagt, um Zeit zu sparen, wollen wir nicht jeden der Besprechungspunkte und den Antrag einzeln durch die Fraktionen begründen lassen und dann über diesen einzelnen Tagesordnungspunkt sprechen, sondern wir haben uns darauf verständigt, dass wir das zusammenfassen. Ich hatte eingangs gesagt – und alle haben genickt –, dass wir diese drei Themen – interkulturelle Öffnung, effektivere Arbeit und Jugendberufsagentur – zusammenfassen. Darf ich das kurz erklären? – Es gibt nur Besprechungspunkte, und normalerweise – Sie können das selbstverständlich anders entscheiden – ist es so:

Wir warten das Protokoll ab und rufen dann noch mal auf. Wir vertagen die Besprechung. Es gibt einen Antrag, aber – das hatte ich Ihnen nicht gesagt, weil ich weiß, dass Sie das wissen, Frau Bangert, das ist der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen – bis jetzt liegt noch keine Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Gesundheit und Soziales vor. Die Sechsmonatsfrist läuft am 30. 11. ab. Dazu ist übrigens Frau Cordt auch noch mal vom Ausschuss für Gesundheit und Soziales geladen, und es wird gebeten, die Stellungnahme abzuwarten, das heißt, auch heute diesen Antrag nicht abschließend zu beraten und abzustimmen. Nur weil das so ist, können wir das zusammen behandeln. Das war die Intention. Ich hatte teilweise auch schon mit Ihnen vorher darüber gesprochen. – [Elke Breitenbach (LINKE): Da ging es nur um den Antrag!] – Nein, nein! Mit Ihnen hatte ich über etwas anderes gesprochen. Sie dürfen aber gern Ihre Meinung dazu sagen. – Frau Bangert, bitte!

**Sabine Bangert (GRÜNE):** Also, so hatten wir das nicht besprochen. Wir hatten besprochen, dass wir zu den einzelnen Tagesordnungspunkten die Begründung weglassen. Ich bitte, das nicht zu vermischen. Es sind einzelne Themen, und ich bitte, die so abuarbeiten, wie wir sie auf der Tagesordnung haben. Ich werde jetzt nicht einen Aufschlag machen von interkultureller Öffnung über Optimierung bis hin zur Jugendberufsagentur. Das halte ich für nicht sinnstiftend. Ich bitte, das wirklich zu trennen und es abuarbeiten. Wir hatten uns darauf geeinigt, dass wir auf die Begründung verzichten, und dazu stehe ich auch.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Gut, ich hatte das von hier vorne aus erst mal anders gesagt, und es gab keinen Widerspruch. Aber, Frau Bangert, das ist ja kein Problem, dann machen wir das so. Wir können das jederzeit ändern. Das heißt, dann sind wir jetzt, streng genommen, beim Tagesordnungspunkt 2, das ist die interkulturelle Öffnung der Jobcenter. Dazu hatte sich – ich weiß nicht, ob Sie sich dazu gemeldet haben – Frau Dr. Kahlefeld gemeldet. – Herr Prof. Korte, möchten Sie zu einem späteren Zeitpunkt etwas sagen oder fragen oder jetzt direkt zum Punkt interkulturelle Öffnung? Dabei sind wir jetzt.

**Dr. Niels Korte (CDU):** Dann sage ich zu einem späteren Zeitpunkt noch etwas dazu.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Das dachte ich mir. Vielen Dank! – Dann sind Sie dran, Frau Dr. Kahlefeld!

**Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE):** Ich finde es auch schwierig, dass ich jetzt bei einem Besprechungspunkt einsteige, den die Fraktionen der SPD und der CDU beantragt haben, um als Erste etwas über interkulturelle Öffnung zu sagen. Ist das jetzt tatsächlich so gewünscht?

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Wenn alle auf die Begründung der Besprechungspunkte verzichten, dann ist das so. Sie können aber auch Ihren Redebeitrag zurückstellen, wenn Sie das möchten.

**Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE):** Ich freue mich sehr, dass Sie hier sind und dass wir Sie gleich zu dem Thema befragen können. Ich habe eine ganze Liste von Fragen, mit denen ich gerne anfangen. – Wie wir wissen, ist interkulturelle Öffnung etwas, was nicht nur bei den Jobcentern, sondern generell, was nur Top-down wirklich gut funktioniert. Sie hatten die interkulturelle Öffnung zwar nicht als einen Ihrer Schwerpunkte genannt, trotzdem ist es so, dass die arbeitsmarktpolitische Zielsetzung der interkulturellen Öffnung eine Verbesserung der Vermittlungsquote – gerade bei Menschen mit Migrationshintergrund – auch zur Folge haben soll, also das ist die Zielsetzung, insofern ist es – nehme ich mal an – in den drei Punkten impliziert, die Sie genannt haben. Zurück zur ersten Frage: Interkulturelle Öffnung funktioniert, da gibt es einen Konsens, nur Top-down. Ich wüsste gerne, wie Sie das gewährleisten wollen. Wie sprechen Sie die Leiter der Jobcenter darauf an? Ich habe vor zwei Jahren eine Tour durch alle Jobcenter gemacht und habe da sehr unterschiedliche Meinungen von den Verantwortlichen gehört. Das war von sehr offen und sehr konstruktiv bis hin zu einem großen Jobcenter, das ich jetzt aber nicht nennen will, wo es hieß, hier wird nur Deutsch gesprochen, keiner unserer Mitarbeiter spricht hier eine andere Sprache, und wer nicht Deutsch kann, kriegt sowieso keinen Job. Das war vor zwei Jahren O-Ton. Der Mitarbeiter, der für interkulturelle Öffnung offiziell zuständig war, durfte mit mir nicht mal bis zum Fahrstuhl gehen, weil die Angst bestand, dass er mir noch etwas erzählen würde. Ich frage: Wie gehen Sie an diese Probleme vom Kopf her ran?

Meine zweite Frage richtet sich auf die Stellung der Beauftragten. Es ist meistens so, dass in den Jobcentern die Beauftragte für Chancengleichheit – BCA – zuständig ist, auch für die interkulturelle Öffnung. Die haben aber eine ganze Menge Arbeit am Hals. Die sind oft für den Informationstransfer in die Jobcenter zuständig – über Veränderungen, d. h. das Anerkennungsgesetz oder andere Dinge. Sie sind oft auch noch selbst Fallmanager, wenn es nur eine halbe Stelle als BCA ist, dann ist die andere Hälfte auch noch Fallmanagement. Sie sind oft eine Art von Beschwerdestelle für Klienten bzw. für Kunden. Sie sind in anderen Jobcentern auch Ansprechpartner für Kolleginnen in Fachfragen oder eine Art Coach, wenn interkulturelle Probleme vermutet werden oder tatsächlich vorliegen. Das ist eine ganze Menge. Da wüsste ich gerne, ob Sie eine Vorstellung haben, wie das gelöst werden kann – das ist eine ganz wichtige Stelle, auch, dass das diese Personen machen und das gebündelt ist, aber mit einer halben Stelle und zusätzlich zur BCA ist das, glaube ich, fast nicht zu schaffen. Und es wächst eigentlich auch. Also gerade wenn man diese Kombination zwischen Informationen auch über mögliche Berufsperspektiven, Anerkennungsprozesse und dann diese interkulturellen Dinge verbindet, das ist recht komplex. Es wird oft etwas entweder als Diskriminierung oder als Unfähigkeit des Klienten wahrgenommen, was damit zu tun hat, dass man von Berufsbildern oder Ausbildungsmöglichkeiten nicht viel weiß. Da muss auch ganz viel Wissen eingespeist werden.

Dann wüsste ich gerne etwas über die Einstellungspraxis bei den Jobcentern. Inwieweit wird bei der Neueinstellung auf Sprachkenntnisse und/oder interkulturelle Kompetenz geachtet? Das ist nun nicht identisch. Jemand, der viele Sprachen kann, muss nicht interkulturell kompetent sein, und umgekehrt. Wie achten Sie auf den Migrationshintergrund? Das hat jetzt vor allen Dingen mit der Öffnung der Jobcenter für die Mitarbeiter zu tun, weniger für die Klientenorientierung, ist aber auch ein wichtiger Aspekt.

Dann gab es das Modellprojekt, das 2008 abgeschlossen wurde. Und die Jobcenter haben sich zum Teil selber auf den Weg gemacht, an der interkulturellen Öffnung zu arbeiten. Was die

verbesserte Vermittlungsquote angeht: Gibt es da zumindest eine gefühlte Statistik, ob sich etwas getan hat, dass man wirklich weiterkommt mit den Kundinnen und Kunden, wenn man anders kommuniziert?

Ich habe noch zwei Fragen. Ich mache es kurz. Was ist mit dem Eingangsbereich? Gibt es da Flyer? Gibt es da Ansprechpartner? Gibt es mittlerweile Möglichkeiten für die Kundinnen und Kunden in allen Jobcentern?

Und zu der letzten Frage: Die meisten Jobcenter in Berlin arbeiten mittlerweile recht gut mit den Migrantenselbstorganisationen zusammen. Das war auch gewünscht. Diese nutzen das Informationsmaterial, sie nutzen die Sprachmittlung, Klienten werden begleitet, zum Teil wird beim Ausfüllen von Anträgen geholfen. Die MSO werden dafür minimal oder gar nicht bezahlt. Wie sieht diese Zusammenarbeit mit den MSO aus? Was würden Sie sich da noch wünschen?

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank, Frau Dr. Kahlefeld! – Bitte, Frau Radziwill!

**Ulker Radziwill (SPD):** Ich begrüße Sie ganz herzlich, Frau Cordt! – Ich beginne mal kurz mit einem kleinen Einstieg, warum uns auch das Thema interkulturelle Öffnung so wichtig ist. Und es ist gut, dass wir das hier noch mal heute auf der Tagesordnung haben. Wenn man sich die aktuellen Zahlen anschaut, so kommen sehr viele Menschen auch nach Berlin, die hier eine Perspektive suchen und die auch bei den Jobcentern landen, aber wir haben eben einen sehr hohen Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund, die auch in der Langzeitarbeitslosigkeit verharren. Wir möchten natürlich auch die Jobcenter in einer Einwanderungsstadt bzw. einem Einwanderungsland fit machen, sich eben auch auf diese Vielfalt entsprechend gut einzustellen. Deswegen ist Teilhabe und Partizipation auf allen Ebenen wichtig, und wir müssen auch die Einstellung in den Jobcentern dann so hinbekommen, dass diese Vielfalt für den Arbeitsmarkt und für diese Stadt eine Stärke bedeutet, und deswegen ist mir auch das Thema Interkulturalität dort sehr wichtig. Meine Frage an Sie geht in erster Linie in folgende Bereiche: Gibt es ähnliche Prozesse – wie jetzt Berlin sie angestoßen hat –, sich die Organisationsstruktur genau anzuschauen in anderen Jobcentern? Gibt es vergleichbar ähnliche Prozesse in anderen Regionaldirektionen und Jobcentern? Kann man da was lernen? Vergleichen Sie sich? Schauen Sie an, was woanders in der Republik noch läuft?

Dann möchte ich ganz gern wissen: Wie definieren Sie interkulturelle Öffnung der Jobcenter? Was ist aus Ihrer Sicht dort elementar wichtig? Und was soll am Ende des Prozesses auch als Vorteil bzw. Verbesserung für die Kundinnen und Kunden herauskommen?

Dann möchte ich gern wissen: Wie ist der Stand der bisherigen Bemühungen zur Verbesserung dieser Organisationsstrukturen? Wo stehen Sie gerade? Denn wir haben diesen Prozess schon im letzten Jahr eingeleitet, und dort laufen auch verschiedenste Aktivitäten, und ich glaube, der Ausschuss kann durchaus so einen kleinen Zwischenstand bekommen.

Als letzten Punkt möchte ich hier noch anmerken, und das ist, glaube ich, auch ein elementar wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang interkulturelle Öffnung der Jobcenter, es gibt einen sehr wichtigen Zusammenhang zwischen der Arbeitsmarktpolitik und der Arbeitsmarktinstrumente auf der einen Seite und den sozialintegrativen Leistungen, die die Kommune anbieten muss. Dieser Zusammenhang ist sehr wesentlich. In welchem Bereich fördern Sie

auch dort die interkulturelle Öffnung? Also ist dabei auch angedacht, bei der interkulturellen Öffnung der Jobcenter auch die Leistungen oder das Angebot im Bereich der sozialintegrativen Leistungen mit im Blick zu haben und diese auch interkulturell zu öffnen?

Zuletzt möchte ich unsere arbeitsmarktpolitische Sprecherin hier, Frau Birgit Monteiro, entschuldigen. Sie ist auf Dienstreise und wird dann das Gesagte aus dem Protokoll nachlesen.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Wir vertagen es ja heute. Kein Problem, da ist Frau Monteiro auch wieder da. – Frau Breitenbach, bitte!

**Elke Breitenbach (LINKE):** Vielen Dank! – Ich fange noch mal bei den Modellprojekten an, die es in Berlin schon einmal in drei Jobcentern gab. Ich habe mir noch mal die Unterlagen herausgesucht, da steht drin: Interkulturelle Öffnung soll ab dem Jahr 2009 übertragen werden auf alle anderen Berliner Jobcenter und auch die Arbeitsagenturen in Berlin. Meine Frage ist einfach, weil ich etwas irritiert bin, weil es erneut Modellprojekte geben soll: Was ist eigentlich aus den Ergebnissen geworden? Frau Cordt, das können Sie jetzt vermutlich gar nicht beantworten, aber vielleicht kann die Senatorin dazu etwas sagen. Was ist eigentlich aus den Ergebnissen der erfolgreichen Modellprojekte interkulturelle Öffnung der Jobcenter geworden? Und was ist jetzt das Neue an den möglicherweise schon angefangenen oder geplanten erneuten Modellprojekten? Wann kommen wir eigentlich an den Punkt, dass flächendeckend die interkulturelle Öffnung umgesetzt wird?

Berlin hat darauf immer einen Schwerpunkt gelegt. Deshalb haben wir auch das Partizipations- und Integrationsgesetz gemacht. In dem Zusammenhang greife ich noch mal das Stichwort sozialintegrative Leistungen von Frau Radziwill auf. Das hat auch ganz viel mit den Bezirken zu tun. Was macht eigentlich da die interkulturelle Öffnung? Wie ist die Strategie, dieses Gesetz auch umzusetzen? Interkulturelle Öffnung hat immer zwei Punkte. Das eine ist die interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Da ist meine Frage: Was passiert da eigentlich? Wir wissen hier alle, es gibt Schulungen, aber wir wissen nicht so genau, sind die jetzt nur für die Führungskräfte oder für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Was wird da eigentlich angeboten? Und von wem?

Der nächste Punkt der interkulturellen Öffnung ist eine bessere Vermittlungsquote einerseits von den Berlinerinnen und Berlinern mit Einwanderungsgeschichte, die teilweise schon sehr lange in der Stadt wohnen, und andererseits aber auch der Neuberlinerinnen und Neuberliner, die ihr Recht auf Arbeitnehmerfreizügigkeit wahrnehmen. Ich bleibe mal bei dem letzten Punkt, da würde ich gerne von Ihnen, Frau Cordt, hören, wie Sie sich eine sinnvolle Umsetzung vorstellen. Ich weiß, die Senatorin findet, das wird hier super sinnvoll und gut umgesetzt. Mir erscheint es nicht so, weil ich immer wieder Fälle habe, da scheitert es schlicht und ergreifend schon daran, dass in dem Jobcenter niemand in der Lage oder auch Willens ist, zu übersetzen, weil die Menschen oftmals nicht perfekt in der deutschen Sprache sind, und damit scheitern die schon. Die kommen gar nicht an irgendeine Stelle, wo ihnen geholfen wird. Wenn dieses Eingangsproblem nicht mal behoben werden kann, weiß ich gar nicht, wie es weitergehen soll. Das sind jetzt erst mal meine Fragen. – Wie gesagt, die Modellprojekte, vielleicht wissen Sie es auch, aber die Senatsverwaltung müsste es ansonsten wissen: Wo sind die eigentlich eingeflossen?

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank, Frau Breitenbach! – Herr Spies, bitte!

**Alexander Spies (PIRATEN):** Anschließend an das, was Kollegin Breitenbach gesagt hat, möchte ich noch mal meiner Verwunderung darüber Ausdruck geben, dass wir jetzt im Sommer 2014 eine rote Nummer erhalten, wo nichts anderes drinsteht als der Planungsstand von Mitte November 2013. Wir hätten uns eigentlich einen Zwischenbericht der bisherigen Umsetzung erwartet, insofern kann ich die Frage Frau Cordt stellen: Wurde denn schon etwas umgesetzt oder ist da immer noch nur Planungsphase?

Generell muss ich sagen oder fragen, was die Arbeitsvermittlung angeht: Inwieweit ist es denn möglich, dass Menschen, die jetzt der deutschen Sprache nicht voll mächtig sind, auch einen entsprechenden Ansprechpartner in der Arbeitsvermittlung finden? Das muss jetzt nicht in jedem Jobcenter sein, das kann man auch anders organisieren. Aber wenn jemand zum Jobcenter kommt und man hat dort niemanden, der die Sprache spricht, müsste ihm doch wenigstens geholfen werden und gesagt werden, gehen sie dahin oder dahin, da können sie jemanden finden, der ihre Sprache spricht. Generell nehme ich mal an, dass das auch an einigen Stellen funktioniert, dass man da die Sprache spricht. Das hilft aber nichts, wenn dann eben alle Schreiben, die die Jeweiligen nach Hause bekommen, nur in Deutsch sind. Ich habe das gerade neulich in der Fernsehreportage gesehen und gelacht, also was hilft es, wenn dann eben die Dolmetscher da sind und die Schreiben in Deutsch sind. Insofern eben die Frage: Inwieweit sorgen Sie dafür, dass die Schreiben auch in anderen Sprachen an die Frau oder den Mann gebracht werden, bzw. wäre es eine einfache Lösung, dann auch ein mehrsprachiges Blatt mit dem Hinweis beizulegen, dass, wenn der Inhalt des Schreibens nicht verstanden wird, jetzt man sich bitte wieder an die oder denjenigen wenden kann, der einem das dann übersetzt oder erklärt, was denn da nun das Jobcenter von dem- oder derjenigen will?

Darauf zielt meine letzte Frage, nämlich zu diesen schönen Callcentern, wo wir eigentlich der Meinung sind, dass es nicht nur die Callcenternummer, sondern eben auch eine direkte Beratung sein sollte, aber hier wären doch die Callcenter mal eine sinnvolle Einrichtung, wenn bei den Callcentern auch fremdsprachige Dienste angeboten würden. Das heißt, wenn ich da anrufe und irgendwie sage, ich spreche Rumänisch, Bulgarisch oder Türkisch, dass ich dann auch bei dem Callcenter jemanden finde, der diese Sprache spricht. Haben Sie daran schon einmal gedacht oder inwieweit ist das realisiert, Frau Cordt?

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank! – Dann als nächste Frau Bangert, bitte!

**Sabine Bangert (GRÜNE):** Vielen Dank! – Ich glaube, hier wird gerade ein bisschen vergessen, dass Jobcenter gemeinsame Einrichtungen sind, deshalb frage ich jetzt den Senat. Frau Breitenbach hat schon gesagt, dass 2008 die Expertise von Rambøll erschienen ist, und 2010 datiert die letzte Publikation des Integrationsbeauftragten mit der Überschrift „Interkulturelle Öffnung der drei Berliner Jobcenter“, also drei, wir haben zwölf insgesamt, Unterüberschrift „Der erfolgreiche Prozess einer interkulturellen Organisationsentwicklung“. Vielleicht kann uns die Senatsverwaltung Auskunft geben, wie dieser „erfolgreiche Prozess“ fortgesetzt wurde und in den letzten vier Jahren auf alle zwölf Jobcenter übertragen wurde? Was ist konkret passiert? Momentan haben wir die Situation, dass auch Neueinstellungen in den Jobcentern vorgenommen werden können, also die Bezirke können Personalstellen besetzen. Wie wird dieser Prozess dahingehend übertragen? Findet da eine explizite Ansprache statt, dass sich Menschen mit Migrationshintergrund auch bewerben, um praktisch die interkulturelle Öffnung auch personell abzubilden?

Eine Frage habe ich noch an Frau Cordt, und zwar hat die Bundesagentur für Arbeit die Charta der Vielfalt unterzeichnet, die im Rahmen der ganzen Diversity-Diskussion dann irgendwann entstanden ist. Haben Sie Rückenwind aus Nürnberg bezüglich Diversity-Organisationsentwicklung, oder ist es eher ein Stück Papier geblieben, das seitens der Bundesagentur irgendwie nicht so richtig gefüllt wurde?

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank, Frau Bangert! – Als nächstes Frau Bayram, bitte! Und dann kommen wir zur abschließenden Stellungnahme von Frau Cordt, falls Sie sich das alles merken konnten. – Bitte, Frau Bayram!

**Canan Bayram (GRÜNE):** Ich habe eine Nachfrage zu den Flüchtlingen, insbesondere aus Syrien, die jetzt ziemlich schnell die Zuständigkeit der Jobcenter haben, weil die schon einen Aufenthalt haben, und wir haben immer mehr hochqualifizierte Flüchtlinge. Und je nachdem, wie sich jetzt diese Drei-Monats-Arbeitsverbotsregelung auswirken wird, kann es sein, dass sie nach drei Monaten dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, auch die Flüchtlinge im regulären Verfahren. Da würde mich interessieren, weil ich eher Beschwerden höre, dass man da schlecht vorbereitet sei, ob Sie sich da schon darauf vorbereiten, dass Sie mehr Menschen mit hohen Qualifikationen beraten müssen, die wir auch als Fachkräfte brauchen. Insbesondere hat mich jetzt z. B. eine Zahnärztin darauf angesprochen, dass sie zwar den Integrationskurs und den Sprachkurs bis B1 wiederholen darf, obwohl sie das schon kann, aber diesen C-Kurs würde man ihr nicht geben, weil das für ein Studium oder für eine Weiterbildung gebraucht werden würde, also Anerkennung ihrer in Syrien erworbenen Sprachqualifikationen, aber nicht für die Vermittlung hier im Arbeitsmarkt. Das ist vielleicht auch noch mal eine besondere Gruppe, die jetzt in die Beratung kommt. Da würde mich interessieren, wie Sie darauf gestellt sind.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank, Frau Bayram! – Frau Cordt, Sie haben jetzt die anspruchsvolle Aufgabe, die letzten 25 Minuten, die hier geredet wurden, zusammenzufassen und zu beantworten. Bitte sehr!

**Jutta Cordt (RD BB):** Herzlichen Dank! – Vielleicht noch mal vorab, ich war auch jetzt bezüglich der Tagesordnung etwas anders aufgestellt. Meinen Punkt hatte ich verstanden als Vorweg-Punkt und dass wir dann in die Tagesordnung einsteigen, also sehen Sie es mir nach. Dass ich jetzt eingangs noch nichts zum Thema interkulturelle Öffnung gesagt habe, nicht, weil es kein Schwerpunkt ist, sondern weil ich da jetzt auch anders darauf eingestellt war.

Vielleicht vorweg, wir haben das Thema interkulturelle Öffnung auch in das Rahmenarbeitsmarktprogramm als ein Element aufgenommen, und da binde ich die Fragen ein, die zum Teil schon gekommen sind. Was ist eigentlich mit der Expertise aus den Modellprojekten in den Berliner Jobcentern geworden, die immerhin 2007 schon begonnen hatten? Die sind von der Expertise und von dem, wo kann man gut ansetzen, als Ansatzpunkte in das Programm mit hereingenommen worden. Und ich beantwortet jetzt zumindest auch schon die Frage: Wie weit ist es denn? Hereingenommen heißt nicht, dass wir es nur in einem Rahmenarbeitsmarktprogramm vertextet haben, sondern es ist natürlich auch in der Umsetzung schon etwas passiert. Und darauf würde ich jetzt eingehen, weil darauf auch Ihre Fragen zielen.

Ihre Frage war, wie können sich die Kunden verständlich machen beim Eintreffen in der Eingangszone. Wir haben insbesondere den Ansatz in den Jobcentern: Hier haben die Jobcenter

Listen mit Mitarbeitern mit verschiedenen Sprachkompetenzen erstellt, wenn sie solche haben, die dann in den Eingangszonen auch im Erstkontakt zugezogen werden können, um letztendlich auch über die Sprachhürden hinauszukommen. Das passiert natürlich nicht in allen elf Sprachen, das können Sie sich vorstellen, aber das ist zumindest ein Ansatz. Darüber hinaus gibt es die Gemeindedolmetscherdienste, die man dann auch mit heranziehen kann. Das ist dann natürlich der Punkt, wo man sagt, da habe ich jetzt das nicht, wenn der Kunde auftritt, da brauchen wir dann ein Stück weit eine Verzögerung. Das ist etwas, das in den Jobcentern entstanden ist.

Das führt mich gleich zu dem zweiten Punkt. Wie sind die Mitarbeiter aufgestellt? Wie ist auch das Einstellungsverhalten? Ich glaube, ich nehme es auch mal für die Bundesagentur vorweg. Unser Interesse als Bundesagentur geht selbstverständlich auch dahin, Mitarbeiter mit Migrationshintergrund und mit Sprachkompetenzen einzustellen. In den Stellenausschreibungen haben wir auch eine Formulierung aufgenommen, die das zum Ausdruck bringt, sodass wir das dann in die Auswahlverfahren – da haben wir auch fortlaufend Neueinstellungen – mit aufnehmen. Von daher wächst das auch. Das sind jetzt sicherlich noch keine Massen, die zu uns strömen, aber zumindest ist das Signal da und da müssen wir auch schauen, was sich daraus entwickelt.

Was ich nicht beantworten kann, ist, weil wir die Daten nicht erheben, wie viele Menschen mit Migrationshintergrund es bei uns in den Jobcentern gibt. Denn das sind Themen, die einfach bei uns nicht abgefragt werden. Insofern, um es da noch mal zusammenfassend aufzustellen, haben wir ein Interesse daran, wir bringen es in der Stellenausschreibung auch zum Ausdruck, sodass wir da auch entsprechend reagieren können.

Der weitere Punkt war dann auch, den Sie angesprochen haben: Gibt es Flyer und gibt es sie in verschiedenen Sprachen? Oder gibt es Schreiben in verschiedenen Sprachen? Ich sage mal, in typischen Landessprachen haben wir das. Insbesondere in türkischer Sprache haben wir zahlreiche Flyer, die übersetzt sind. Ich denke, da kann man sicherlich auch noch besser werden. Ich habe für mich noch mal mit auf die Agenda genommen, dass man hier noch mal schaut, ist es in den entscheidenden Punkten so und kann man da gegebenenfalls noch an Fahrt gewinnen.

Was die Qualifizierung der Mitarbeiter angeht, auch das ist hier eine Frage gewesen: Es gibt laufend und zahlreiche Schulungen im gesamten Netzwerk, d. h. wir als Bundesagentur bieten Qualifizierungen für unsere Mitarbeiter an. Wie können wir eben für Menschen mit Migrationshintergrund letztendlich noch besser werden? Das sind verschiedene Elemente. Das sind u. a. auch Schulungen, die dahin gehen, wo gibt es noch Ansatzpunkte, die jetzt nicht unmittelbar mit dem Vermittlungsprozess zu tun haben, aber worauf kann ich verweisen. Wo gibt es Anerkennungsstellen? Wo gibt es Themen, wo ich auch Sprachkurse machen kann, sodass auch unsere Mitarbeiter nicht nur über das eigene Angebot Kenntnis haben, sondern auch etwas breiter mit aufgestellt sind.

Eine Frage von Ihnen war: Gibt es Beauftragte, Ansprechpartner für Migrationsfragen? – Das ist in der Tat so, dass es überwiegend bei den BCAs angesiedelt ist. Das ist nicht ausschließlich der Fall, aber überwiegend. Wir haben auch Jobcenter, wo es auf der Führungsebene angesiedelt ist oder eine halbe Stelle für die Kollegin freigezogen worden ist. Jetzt kann man sicherlich sagen, es ist immer schwierig, wenn es mitgemacht werden muss. Vielleicht, aber

ich denke mal, das wissen Sie aus Ihren Organisationen auch, ist es halt immer schwierig, eigene Stellen zu schaffen. Es ist in dem Fall hier nicht vorgesehen, aber ich glaube, wir müssen schauen, und das ist der Punkt, wenn ich mehr Mitarbeiter habe, die auf breit aufgestellt sind, die auch eine höhere Qualifikation haben, dann hat die Ansprechpartnerin für Migrationseinen breiteren Boden. Das ist nicht etwas, was ad hoc zufriedenstellend ist, da gebe ich Ihnen sicherlich recht, aber wo man sagen kann, das ist auch ein Ausbauelement, wie kann ich die Verzahnung in den Jobcentern letztendlich besser gestalten.

Dann haben wir die Frage nach den Ergebnissen, d. h.: Werden wir – so habe ich es zumindest verstanden – besser in der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund? Da kann ich Ihnen leider keine Zahlen nennen, weil wir hier auch aktuell die Daten nicht so aufgebaut haben, dass wir Vermittlungserfolge abbilden können. Das ist aber ein Element gewesen, das mit in das Rahmenarbeitsmarktprogramm aufgenommen wurde, wo man auch verschiedene Eckpunkte aufgestellt hat, an denen man messen will, wie man die Ergebnisse besser darstellen kann. Da gibt es ein erstes Datenset, aber allerdings noch nicht ergebniswirksam. Ich denke, das kann man vielleicht dann auch an der nächsten Stelle einpreisen, wenn man sich dann die Daten über eine längere Zeitachse angeschaut hat. – Ich hoffe, ich habe jetzt alles abgearbeitet. Ich schau noch mal auf meine Agenda.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Wenn Sie möchten, kann Herr Spies Ihnen noch mal ganz schnell sagen, er hatte wohl noch eine Frage, die Sie gleich mitbeantworten können.

**Alexander Spies (PIRATEN):** Das betraf die Callcenter. Werden die Callcenter da mit einbezogen?

**Jutta Cordt (RDBB):** Die Callcenter sind auch mit einbezogen. Die Steuerung läuft allerdings von Nürnberg aus, das haben wir hier nicht in der Kompetenz, weil wir eben der Regionaldirektion die Jobcenter organisieren, und die Servicecenter sind in zentraler Steuerung. Aber unser Vorgehen ist es auch zu versuchen, dort die Gesprächsleitfäden, die es in den Servicecentern gibt, auch in ausländischer Sprache aufzubauen. Das ist aber allerdings sicherlich noch in den Kinderschuhen – definitiv.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank, Frau Cordt! – Wir kommen dann zur Stellungnahme der Senatsverwaltung. Frau Senatorin, bitte!

**Senatorin Dilek Kolat (SenArbIntFrau):** Vielen herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Liebe Abgeordnete! Sie haben jetzt mehrfach in Ihren Ausführungen das Modellprojekt von 2007 bis 2008 angesprochen, was in drei Jobcentern stattgefunden hat. Diese Modellprojekte waren tatsächlich damals so angelegt, dass nach Abschluss ihres Modellprojektes in den drei Jobcentern die Ergebnisse dann in die Breite aller Jobcentern umgesetzt werden sollte. Dies ist 2008 tatsächlich nicht erfolgt, auch wenn das so vorgenommen worden ist. Wir können jetzt gerne historische Aufarbeitung machen, warum meine Vorgängerin das nicht gemacht hat, ich denke mal, dass es uns jetzt nicht so sehr voranbringt, wichtig ist, dass wir in dieser neuen Legislaturperiode neue Prozesse in Gang gesetzt haben, um das Thema interkulturelle Öffnung voranzubringen. Und in der Tat, und da möchte ich gerne, Frau Breitenbach, Sie wirklich an dieser Stelle korrigieren.

Jetzt geht es nicht um ein Modellprojekt, im Gegenteil – das waren damals Modellprojekte –, jetzt geht es darum, mit einem Prozess in allen Jobcentern das Thema voranzubringen, und diese Ergebnisse der Modellprojekte damals sind nicht verloren gegangen. Selbstverständlich haben wir die Ergebnisse auch aufgegriffen und jetzt im neuen Prozess mit eingebracht, aber ich bitte wirklich darum, zu differenzieren, wir haben jetzt nicht noch mal neu mit Modellprojekten angefangen, sondern die neuen Prozesse sind so ausgerichtet, dass wir das Thema interkulturelle Öffnung in allen Jobcentern gleichermaßen voranbringen. In dem Prozess gibt es dann natürlich engere Abstimmungen mit einigen Jobcentern, aber wie gesagt, das ist so angelegt, dass wir es insgesamt voranbringen.

Ich möchte zwei Punkte nennen, warum es für den Senat wichtig ist, das Thema interkulturelle Öffnung in den Jobcentern voranzubringen. Wir haben das als Schwerpunktthema bei „Berlin-Arbeit“ formuliert, und auch im Rahmen-Arbeitsmarktprogramm mit der Regionaldirektion ist es ein Schwerpunktthema. Es ist historisch in Berlin so, dass wir nicht nur einen hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund haben – die Zahl kennen wir, über 25 Prozent der Berlinerinnen und Berliner haben einen Migrationshintergrund –, sondern sich auch die Arbeitslosigkeit in Berlin unter den Menschen mit Migrationshintergrund aufgrund der Umbrüche auf dem Arbeitsmarkt drastisch aufgebaut hat. Das heißt, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gerade unter den Menschen mit Migrationshintergrund ist integrationspolitisch sehr wichtig, wenn wir Integrationspolitik so verstehen, wie Frau Radziwill das hier auch definiert hat, nämlich als Teilhabe, auch was berufliche Bildung und Erwerbsleben angeht.

Wir haben neben den Integrationsbemühungen der viele Jahre in Berlin lebenden Menschen mit Migrationshintergrund auch noch eine neue Situation, was das Thema noch deutlicher und wichtiger macht. Das ist der Umstand, dass wir eine wachsende Stadt sind. Wachsende Stadt klingt erst mal sehr anonym, aber wenn man sich genau anschaut, woher die Menschen kommen, die dazu führen, dass wir immer mehr Berlinerinnen und Berliner werden, stellen wir fest, dass zwei Drittel z. B. des Bevölkerungszuwachses von 2011 bis 2012 aus dem Ausland kamen. Das heißt, aktuell kommen Menschen neu nach Berlin. Da ist die natürlich die Gruppe der Flüchtlinge ein Thema, der Asylsuchenden, die Frau Bayram angesprochen hat, und wir haben den Umstand, dass aktuell Menschen aus den süd- und osteuropäischen Ländern nach Berlin kommen. Das heißt, das Thema interkulturelle Öffnung wird hier noch wichtiger, weil diese Menschen ja EU-Bürger sind und sich natürlich auf dem Arbeitsmarkt aufhalten.

Beim Thema Flüchtlinge – das möchte ich noch einmal unterstreichen, ohne es an dieser Stelle vertiefen zu können – sind wir in Berlin so weit, dass wir sagen: Auch die Flüchtlingspolitik verbinden wir mit Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik. Wir gucken nicht nur, woher die Menschen kommen und warum sie hier sind, sondern auch auf die Perspektiven dieser Menschen. Das Thema Arbeitsintegration ist einer der Schwerpunkte im Senat gerade im Zusammenhang mit den Flüchtlingen. Da gibt es auf Bundesebene aktuelle Entwicklungen, aber auch bei mir im Haus verbinden wir inzwischen Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik mit der Flüchtlingspolitik.

Jetzt zum neuen Prozess interkulturelle Öffnung in den Jobcentern. Da kooperieren wir sehr eng mit der Regionaldirektion, wie Frau Cordt schon ausgeführt hat, und wir haben sehr gute Zwischenergebnisse. – Herr Spies! Sie haben recht, wir können hier erst mal über Zwischenergebnisse reden. Ich möchte gern die Gelegenheit nutzen, das, was Sie eingefordert haben, auch einzuhalten, nämlich dass wir ein Zwischenergebnis hier abgeben: Wo stehen wir eigentlich in diesem Prozess?

Wir haben 2013 Indikatoren entwickelt. Frau Kahlefeld hat die Frage gestellt, wo wir in der Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Migrationshintergrund stehen. Ich könnte Ihnen jetzt drei Zahlen zurufen, aber eigentlich möchten wir das Thema interkulturelle Öffnung prozesshaft in den Jobcentern implementieren – deswegen Organisationsentwicklung. Dazu gehören Indikatoren, die wir gemeinsam vereinbaren, und da sind wir jetzt einen Schritt weiter. Wir haben uns mit der Regionaldirektion auf Indikatoren verständigt, und diese Indikatoren leben nur dann, wenn wir sie mit Daten füllen. Frau Cordt hat natürlich recht: Auch wenn wir sagen, das sind sinnvolle Indikatoren, sind die Zahlen noch nicht sofort da. Wir sind mitten in

diesem Prozess. Wir haben uns auf Indikatoren verständigt. Für den Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund, die in den Jobcentern sind, fehlen noch die Zahlen. Aber sich darauf zu verständigen, dass das ein wichtiger Indikator ist, ist schon der erste Schritt. Es geht auch darum, Jobcenter für Jobcenter zu schauen: Wie hoch ist ihr Anteil unter den erwerbsfähigen Leistungsbeziehern, aber auch differenziert in Langzeitbezieher usw.? Das will ich alles nicht vertiefen. Wir haben uns auf 14 Indikatoren verständigt, und diese erste Datenanalyse hat auch stattgefunden. Ziel ist es, Ihnen nicht einmalig einen Endbericht abzuliefern, sondern einen Prozess zu implementieren, sodass wir Jahr für Jahr gucken können: Gibt es überhaupt eine Wirkung? Gibt es Fortschritte in der Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Migrationshintergrund?

Da sind wir auf dem besten Weg. 2013 ist all das passiert bis hin zur Datenanalyse. Die nächste Etappe ist ein Leitungsworkshop, wo wir genau mit diesen ersten Ergebnissen arbeiten werden. Termin ist der 17. Oktober. Ich kann Ihnen hier die Zusage machen, dass wir Ihnen dann, wenn wir die Daten analysiert haben – vielleicht Anfang des Jahres, aufbauend auf den Jahresendzahlen –, die Ergebnisse zur Kenntnis geben. Ich denke, es ist sehr sachgerecht, wenn wir das in dieser Form machen.

Die Strategie, die wir dabei fahren, teilt sich in zwei Bereiche auf, einmal Organisationsentwicklung und zum anderen interkulturelle Schulungen. Natürlich ist der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund, die in den Jobcentern arbeiten, eines der zentralen Themen. Frau Cordt hat es schon ausgeführt: Da kann man über die Einstellungspraxis, wie wir das auch im öffentlichen Dienst gemacht haben, eine Menge bewirken. Mein Gefühl ist, auch wenn die Zahlen noch nicht erhoben sind, dass sich da wirklich etwas tut. Wir brauchen diese Menschen mit Migrationshintergrund in den Jobcentern als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, weil sie die interkulturelle Kompetenz mitbringen. Wir wissen aber, dass das nicht reicht. Ich würde Herrn Germershausen bitten, dazu noch etwas zu sagen. Eine konkrete Frage hier war: Wie läuft es mit der Schulung von allen Beschäftigten, was interkulturelle Kompetenz angeht?

Es gibt sehr spezifische Themen im Umgang mit den Kunden, die einen Migrationshintergrund haben. Sie haben das alles angesprochen. Natürlich sind das auch wichtige Bausteine, denn die deutsche Sprache ist nun mal die Grundvoraussetzung für die Arbeitsmarktintegration in vielen Bereichen – fehlende Sprachkenntnis ist meist ein Hindernis, warum Arbeitsmarktintegration nicht stattfindet –, aber auch die Anerkennung von Qualifikationen, die im Ausland erworben worden sind. Das sind zwei zentrale Themen, die bei diesem Prozess sehr wichtig sind und wo wir die Praxis in allen Jobcentern voranbringen wollen.

Letzter Punkt in diesem Zusammenhang: Wir sind auf gutem Weg, weil alle Jobcenter hier mitziehen. Wir wollen ermöglichen, dass aus Best-Practice-Beispielen gelernt wird, dass die Jobcenter, die schon weit sind, ihre Best-Practice-Beispiele zeigen können, dass andere Jobcenter, die noch nicht so weit sind, davon lernen können. Also wir wollen nicht von oben herab einen Prozess neu steuern, sondern wir wollen mit den guten Praxisbeispielen, die es ja in den Jobcentern gibt – wir können ja nicht so tun, als ob wir hier bei null anfangen –, diesen Prozess mitgestalten. Ich würde jetzt gern Herrn Germershausen bitten, zum Thema Beteiligung der Migrant\*innenorganisationen – das war noch eine Frage – und zu den Schulungen ergänzend etwas zu sagen.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Herr Germershausen, bitte!

**Andreas Germershausen** (SenArbIntFrau): Vielen Dank! – Ich kann beides verbinden. Die Stärke des derzeitigen Ansatzes ist die gute Einbettung der Strategien ins Rahmen-Arbeitsmarktprogramm. Das kennen Sie alles. Da sind die Angebote, die die BA vorhält, und die, die der Senat einbringt, aufgeführt. Wir können da sehr viel machen, weil wir über das IQ-Netzwerk auch diesen Baustein interkulturelle Öffnung der Arbeitsagenturen und der Jobcenter haben. Das haben wir aus meiner Sicht sehr gut ins Rahmen-Arbeitsmarktprogramm eingebettet. Sie wissen, dass die Mittel dafür vom Bund kommen. Insofern müssen wir uns über die großen Verdienste da nicht streiten.

Im letzten Jahr haben 62 Schulungen mit 750 Teilnehmern stattgefunden. Alle Jobcenter sind daran beteiligt. Abstimmungsgespräche hat es mit allen Jobcentern und mit zwei Agenturen gegeben. Mit der Regionaldirektion ist das Schulungskonzept intensiv durchgesprochen worden. Die Planziffern, die wir uns für die Jahre 2013 und 2014 vorgenommen haben, haben wir bereits seit Längerem erreicht. Inhaltlich ist das sehr eng auf die Bedarfe der Jobcenter abgestimmt. Einige Jobcenter haben auch, um es zu vertiefen, mehrtägige Hospitationen ermöglicht. Es ist eingefügt in das Vierphasenmodell und das Diversity-Konzept der BA. Insofern sind wir da konzeptionell auf einem guten Weg. Bei den Einrichtungen, den Jobcentern, ist auch genau nachgefragt worden: Was sind eure Bedarfe? Da werden auch Spezifika deutlich: Anerkennungsgesetz, Aufenthaltsrecht, Interkulturalität, Gender, Diskriminierung. Das ist, wie gesagt, sehr eng an die Beratungssituation in den Jobcentern angepasst.

Zur Beteiligung der Migrant\*innenorganisationen: Ich teile die Sorge von Frau Kahlefeld und die Freude über das positive Zwischenergebnis, dass die Jobcenter sehr stark Migrant\*innenorganisationen in Fachforen usw. aufnehmen und beteiligen. Dann hat man immer wieder das Problem: Da wird viel ehrenamtliche Arbeit verlangt. Es ist immer schwierig, alles zu bezahlen, was Migrant\*innenorganisationen da einbringen. Wir versuchen es aber über die Strukturen, die wir vorhalten, schon. Das heißt, Migrant\*innenorganisationen sind beauftragt, den Prozess der Anerkennung z. B. zu begleiten, wir haben da Coachingprozesse aus den Migrant\*innencommunities. Die sind auch ordentlich ausgestattet und werden bezahlt. Bei den Diversity-Schulungen werden auch Migrant\*innenorganisationen eingebunden über Träger, und das wird auch entgolten. Wir hätten alle immer gern noch viel mehr Geld, aber das Anliegen, die Kooperationen zu entwickeln und das nicht nur ehrenamtlich einzufordern, beachten wir.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank, Herr Germershausen! – Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Damit vertagen wir diesen Besprechungspunkt unter Tagesordnungspunkt 2 und rufen ihn wieder auf, wenn das Protokoll da ist.

Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 3. – Ich habe eingangs schon gesagt, wir werden heute nicht darüber entscheiden, sondern erst, wenn entweder die Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Gesundheit und Soziales vorliegt oder die Sechsmonatsfrist abgelaufen ist, sodass wir ihn an uns ziehen können. Das ist aber erst am 30. 11. der Fall. Aber natürlich wollen wir heute Frau Cordt miteinbeziehen. – Frau Bangert, bitte!

**Sabine Bangert** (GRÜNE): Zunächst: Der Antrag ist aus dem Frühjahr 2013, die sechs Monate sind also schon etwas überzogen. Wir können den Antrag also an uns ziehen. Aber wir haben uns darauf verständigt, dass wir ihn vertagen, das ist auch ganz in unserem Sinn.

Optimierung der Organisations- und Steuerungsstruktur der SGB-II-Umsetzung im Land Berlin: Da möchte ich mich erst einmal bei der Senatsverwaltung bedanken, besonders bei Herrn Staatssekretär Velter, dass er uns die Ergebnisse der Arbeitsgruppe vor der Sommerpause zur Verfügung gestellt hat. Ich halte es für eine gute Sache, auch im Sinne von mehr Transparenz des Prozesses, dass wir da mitbeteiligt werden. Wir haben es auch zur Beratung mit auf die Tagesordnung genommen.

Nichtsdestotrotz finde ich es etwas unbefriedigend, wie der Prozess bisher läuft, und zwar auch, was die zeitlichen Abläufe angeht. Die KGSt-Studie, die ursächlich war für den Prozess, wurde im Juni 2011 beauftragt, noch von Ihrer Vorgängerin, Frau Senatorin Kolat. Dann lagen zumindest der Senatsverwaltung Ende 2012 die Ergebnisse vor. Es hat bis zum März 2013 gedauert, bis der Bericht ins Abgeordnetenhaus gelangte. Die Koalition hat sich einer Beratung des Berichts zunächst verweigert. Erst durch eine Sondersitzung, die durch die Oppositionsfraktionen beantragt wurde, wurde sich in diesem Parlament mit diesem Bericht befasst. Dann wurden im Dezember 2013 Lenkungsgruppen auf Senatsebene konstituiert, Arbeitsgruppen eingerichtet, und im Juni 2014 haben wir die ersten Ergebnisse bekommen.

Wenn ich den Prozess so betrachte und auch sehe, wer da beteiligt ist, die Berliner Jobcenter, die Regionaldirektion, die Bezirksämter, die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen, die Bildungsverwaltung, die Gesundheits- und Sozialverwaltung, die Finanzverwaltung und die Verwaltung für Inneres und Sport, dann stelle ich fest: Der ganze Prozess ist mittlerweile zu einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme in der Verwaltung und darüber hinaus mutiert. Wenn ich dann noch lese, dass das zentrale Ergebnis der Arbeitsgruppen ist, dass jetzt eine externe Dienstleistung ausgeschrieben wird, weil es der Verwaltung insbesondere an methodischem Wissen fehlt,

vor allem im Bereich Zielsteuerung, Controlling, Benchmarking zielorientierte Wirkungsmessung und fachliche Expertise zu Vorgehensweisen anderenorts

in den Optimierungsprozess einzubringen

sowie Unterstützung bei der Konkretisierung, Umsetzung, Begleitung und Auswertung von Maßnahmen und Modellvorhaben und weitere professionelle Unterstützung beim Projektmanagement

fehlen, dann ist das eine Bankrotterklärung. Ich finde es mittlerweile hochhärgerlich, dass dieser Prozess nicht vorangeht, und deshalb frage ich jetzt die Senatsverwaltung: Wie ist der zeitliche Rahmen, also wie wollen Sie den Prozess jemals zu Ende führen, und zwar gut zu Ende führen, sodass wir wirklich eine Optimierung des Prozesses haben?

Zweitens: Was mir bei den Arbeitsgruppenergebnissen fehlt, ist der Punkt der sozialintegrativen Leistungen. Dieser hatte in der KGSt-Studie eine ganz zentrale Bedeutung. Diese sozialintegrativen Einrichtungen, die nicht in ausreichendem Maße vorgehalten werden, behindern die Vermittlung erwerbsloser Menschen exorbitant. Teilweise fehlen da die personellen Ressourcen, es muss anders aufgestellt werden. Das ist eine kommunale Geschichte, und ich frage mich, was diesbezüglich passieren wird, denn ich habe es in dem Arbeitsergebnis nicht gefunden. Also die zeitliche Schiene: Wie soll das weitergehen? Wann ist die Ausschreibung

beendet? Wie lange soll die Dienstleistung in Anspruch genommen werden? Wann haben wir endlich konkrete Ergebnisse? – interessiert mich sehr.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Danke schön! Das war jetzt praktisch die Begründung des Antrags. – [Zuruf] – Ganz kurz, Frau Bangert: Es sind konkrete Fragen, die gleich von der Senatsverwaltung beantwortet werden. Ich fragte nur, weil Frau Cordt dort sitzt, ob Sie auch Fragen an sie richten wollen. Oder war das jetzt mehr eine Begründung des Antrags? Das war meine Frage. Ich habe das nicht verstanden.

**Sabine Bangert (GRÜNE):** Ich habe nicht den Antrag begründet. Wir haben die Arbeitsergebnisse zur Beratung in den Ausschuss überwiesen, und zu den Ergebnissen der Arbeitsgruppen und zu der Beauftragung der Dienstleistung, was auch ein Ergebnis der Arbeitsgruppen ist, habe ich gesprochen. Die Arbeitsgruppen einzurichten, war eine Initiative des Senats, und deshalb habe ich in diesem Punkt keine Fragen an Frau Cordt, denn ich glaube, die Bundesagentur kennt sich bei Controlling und Steuerung aus. Das war auch Ergebnis der KGSt-Studie. Deshalb habe ich Fragen an den Senat.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Richtig, das habe ich ja schon identifiziert. Herr Velter wird auch gleich darauf antworten. Meine einzige Frage war: Gibt es eine Frage an Frau Cordt? Das haben Sie schon verneint. – Frau Breitenbach, bitte!

**Elke Breitenbach (LINKE):** Vielen Dank! – Das ist ein Thema, das die Oppositionsparteien sehr interessiert, wie es auch bei der Sondersitzung damals schon war. Wir haben geredet, die Koalition nicht. Es geht um das Problem, dass die sozialintegrativen Leistungen nicht bei denjenigen ankommen, die sie benötigen und wollen. Das ist das Hauptproblem, das die KGSt-Studie dargestellt hat – neben anderen Sachen, die da auch noch bemängelt wurden. Wir reden jetzt nicht über den Antrag, weil wir über ihn sowieso nicht abstimmen. Von daher sage ich noch mal: Ich finde den Antrag so, wie er von den Grünen gestellt wurde, nicht richtig, alles 1 : 1 umzusetzen. Wir hatten relativ große Bedenken, als es losging, wieder neue Arbeitskreise zu gründen. Aber als ich jetzt die Ergebnisse gesehen habe, haben diese mich ratlos zurückgelassen, denn letztlich werden in diesen Arbeitsgruppen, die sich jetzt gegründet haben, noch mal von den gleichen Leuten wie vorher die gleichen Fragen aufgegriffen und diskutiert, und man versucht, Lösungen zu finden. Dies alles hat die KGSt-Studie gemacht. Wie gesagt, man muss dem nicht 1 : 1 folgen, aber jetzt keine Entscheidung zu treffen und den ganzen Prozess wieder von vorn zu machen – das ist mir ein großes Rätsel. Vielleicht liegt es an mir, und ich verstehe es nicht, aber ich bitte doch ganz herzlich darzustellen, warum man jetzt diese Arbeitskreise gemacht hat, um alles zu wiederholen, was schon passiert ist, und warum Sie nicht die Ergebnisse der Studie nehmen und sagen: Das machen wir, das machen wir nicht – immer in Abstimmung mit den anderen Akteuren, logo, Sie sollen nicht allein entscheiden. Aber es ist für mich ein großes Rätsel, und ich stimme Frau Bangert zu: Ich sehe auch nicht, dass irgendwo ein Ende in Sicht sein soll.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Danke schön! – Herr Spies, bitte!

**Alexander Spies (PIRATEN):** Es wurde schon fast alles gesagt. – [Zuruf: Aber noch nicht von allen!] – Noch nicht von allen! Wir wissen, wie das mit Arbeitsgruppen so ist. Ich kann nicht herauslesen, dass irgendeine der konkreten Vorstellungen, die ja schon in der KGSt-Studie standen und die man einfach hätte umsetzen müssen, auch umgesetzt wird. Ich weiß

nicht, wie weit Frau Cordt schon damit befasst war. Was ist z. B. geschehen, damit die sozial-integrativen Maßnahmen in allen Jobcentern besser funktionieren? Wie sieht es mit Miet-schulden- und Energieschuldenübernahme aus? Wie sieht es mit Beratung, Schuldnerberatung aus? Funktioniert das in allen Jobcentern gleich gut? Das ist ja das, was bemängelt worden ist.

Letztlich ist auch die Frage: Gibt es bestimmte Dienstleistungen, die für alle Jobcenter zentral erbracht werden können wie z. B. Prüfung von Heizkostenabrechnungen? Ist in dieser Richtung etwas oder mehr geschehen? Das wäre auch eine Frage an Frau Cordt oder Frau Kolat. Das sind konkrete Dinge, die in der KGSt-Studie standen und einfach nur hätten umgesetzt werden müssen.

Etwas anderes ist die Frage, wie überhaupt die gesamtstädtische Steuerung ist, wie die Kommunikation ist. Ich denke daran, dass ein Hauptpunkt, den die KGSt bemängelt hat, war, dass es keine Kultur der Kommunikation gibt. Da könnte man natürlich auch fragen: Haben die Arbeitsgruppen wenigstens diese Kommunikationskultur verbessert? Das könnte ja sein, das wäre schon mal ein Schritt nach vorn. Aber – wie Frau Bangert eben schon sagte – man fühlt sich offensichtlich unfähig, tatsächlich so etwas wie eine gesamtstädtische Steuerung aufzubauen, und ruft jetzt nach externen Dienstleistern. Insofern ist meine Frage – das ist auch in der KGSt-Studie diskutiert worden – direkt an Frau Cordt oder Frau Kolat: Wäre es nicht besser, eine einzige gemeinsame Einrichtung für ganz Berlin zu schaffen? Wäre es dann vielleicht einfacher? – obwohl das meiner Ansicht widerspricht, dass vieles auf bezirklicher Ebene passiert und die Bezirke auch ihre Mitspracherechte haben und haben sollten.

In diesem Zusammenhang gibt es einen Punkt, den wir besonders wichtig fanden, wo überhaupt nichts berichtet worden ist, nämlich die Übertragbarkeit der Eingliederungsmittel. Es führt immer wieder zu Schwierigkeiten, dass im Jobcenter Neukölln Mitte des Jahres die Eingliederungsmittel schon ausgegeben worden sind, im Jobcenter Steglitz-Zehlendorf aber noch jede Menge zur Verfügung stehen. Unter dem Strich werden dann ja auch sehr viele Eingliederungsmittel, die den Berlinerinnen und Berlinern zur Verfügung stehen würden, zurückgegeben. Da haben wir nur einen Bittbrief des Senats an das Arbeitsministerium gesehen, der die Antwort bekam: Können wir nicht machen, ist ja Sonderfall Berlin, dafür setzen wir uns nicht ein. – Aber in den Protokollen der Arbeitsgruppen spielt das Thema überhaupt keine Rolle mehr. Die Frage ist: Haben Sie als Senat, Frau Kolat, wenigstens versucht, über eine Bundesratsinitiative oder über den Bundesrat Unterstützung dafür zu bekommen, dass man, wenn man schon bei den zwölf GEs in Berlin bleibt, hier zumindest eine Regelung finden kann, die den Berliner Bedürfnissen auf dem Arbeitsmarkt, also bei der Eingliederung, auch gerecht wird?

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Danke schön! – Frau Radziwill, bitte!

**Ulker Radziwill (SPD):** Die Überschrift des Antrags: „Arbeit der Jobcenter effektiver gestalten“ ist ja ein Dauerprogramm in Berlin. Wir beraten ja jetzt nicht den Antrag als solchen, aber die Überschrift ist Thema unserer jetzigen Fortsetzung der Beratung. Ich hatte vorhin die Frage nach der Wirksamkeit der Arbeitsmarktinstrumente und sozialintegrativer Leistungen, speziell im Bereich interkulturelle Öffnung, gestellt. Da habe ich noch keine fruchtbare Antwort bekommen. Vielleicht könnten Sie da jetzt nachschießen. – [Zuruf] – Nachlegen, wir sind ja entmilitarisiert in unserer Sprache.

Aber jetzt zu dem Gesamtpaket der Kritik: Die KGSt-Studie war in der Tat sehr spannend und in vielen Facetten auch sehr erhellend für viele, die sich mit dieser Thematik befasst haben oder schon seit Jahren in Berlin befassen. Es ist ja auch eine politische Entscheidung, die der Senat getroffen hat, in welcher Form er welche Kritikpunkte annimmt und in welchem Prozess er das gestalten will. Es ist jetzt ein Prozess in Gang gesetzt worden. Den kann man als zu schwach, zu langsam oder als gut und toll bewerten, aber jetzt müssen wir erst einmal Ergebnisse der ersten Umsetzungsphase abwarten. Das ist jetzt der Stand der Dinge. Mir geht es vielleicht auch ein bisschen zu langsam, aber wenn man einen Prozess begonnen hat – wir hatten ja auch die Debatte hier im Ausschuss –, dann wird man auch diesen einen Prozess erst mal abwarten müssen. Sehr spannend finde ich diesen Prozess schon deshalb, weil er auch grundlegende Dinge verändert. Es ist sehr wünschenswert aus Sicht der Betroffenen, der Kunden und Kundinnen, dass hier ein viel besseres Zusammenwirken der Instrumente, die der Verbesserung ihrer Integration in den Arbeitsmarkt dienen sollen, erreicht werden kann. An dem Punkt müssen wir alle gemeinsam arbeiten. Das heißt für mich, z. B. auch zu schauen, dass ich Schuldner- und Insolvenzberatungsangebote direkt in allen Jobcentern habe – sehr niedrigschwellig, sehr leicht erreichbar. Wenn Sie uns heute sagen: An solchen elementaren Punkten arbeiten wir –, dann bin ich schon ein Stückchen befriedet.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank! – Frau Cordt! Konnten Sie Fragen identifizieren, und wenn ja, könnten Sie sie beantworten? – Bitte sehr, Sie haben das Wort!

**Jutta Cordt (RD BB):** Fragen konnte ich selbstverständlich identifizieren und werde auch etwas dazu sagen. Das Thema flankierende Leistungen steht hier im Raum, ich gehe auch gleich darauf ein, was Sie zur interkulturellen Öffnung gesagt haben. Das ist keine Leistung von der BA als Träger, sondern es geht insbesondere um die kommunalen Leistungen, die angeboten werden, sprich Sucht-, Schuldnerberatung etc. Das ist nichts, was wir als BA regeln können, sondern da sind die Bezirke gefordert gemeinsam mit dem Senat. Das ist ja auch ein Thema, das eine Arbeitsgruppe hier bearbeitet. Ich bin komplett bei Ihnen, dass wir Mindeststandards für ein Angebot in den Jobcentern brauchen, was Schnelligkeit und Verbindlichkeit angeht, um am Integrationsprozess weiterarbeiten zu können. Das war ein Element. Sehen Sie es mir bitte nach: Das ist nicht unser Schwerpunkt als Bundesagentur für Arbeit, insofern ist der Schwerpunkt auch nicht die interkulturelle Öffnung in dem Bereich. Da müsste man die andere Seite fragen.

Sie hatten die Frage zu den Kommunikationsstrukturen gestellt, auch in meine Richtung. Das Gutachten geht dahin – das ist ja die Besonderheit in den Berliner Jobcentern, auch im Vergleich zu den Jobcentern in den anderen Bundesländern –, dass wir in den Trägerversammlungen den Senat, also quasi das Land, und die Bezirke, also quasi die Kommunen, mit dabei haben. Es geht darum, dort eine Abstimmungsverbesserung hinzubekommen. Das ist nicht unser Themenfeld, aber wenn man sich die Arbeitsergebnisse anschaut, die Sie ja auch auf dem Tisch haben, wird der Abschlussbericht für November erwartet, sodass wir dann auch ein Ergebnis dazu haben.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank, Frau Cordt! – Die Stellungnahme für den Senat – Frau Senatorin, bitte!

**Senatorin Dilek Kolat (SenArbIntFrau):** Vielen herzlichen Dank! – Ich würde gern noch mal kurz in Erinnerung rufen, wie das Gutachten der KGSt einzuordnen ist, und zwei Feststellun-

gen machen als Erinnerung für alle Beteiligten. Das war kein Gutachten, das uns einen einzigen Weg aufzeigt, schon gar nicht, wie man so einen Weg umsetzen kann, sondern es war ein Gutachten, das analysiert hat, wo es Optimierungspotenzial gibt, und sogar mit Varianten aufgezeigt hat, in welche Richtung man gehen könnte. Es ist mitnichten ein Gutachten, das schon die Umsetzung aufzeigt.

Frau Bangert! Ich erinnere auch an Ihren damaligen Antrag, wo Sie gesagt haben, wir sollen das Gutachten in Gänze umsetzen. Das entspricht nicht dem Charakter des Gutachtens, sondern es hat einen Analyseanteil und hat Wege aufgezeigt, wie man Optimierung erreichen kann, gerade was die sozialintegrativen Leistungen angeht, aber auch bei den anderen Fragen.

Herr Spies! Das Gutachten hat nicht ergeben, dass der einzige Weg ist, ein Jobcenter in Berlin zu haben, sondern es hat ergeben – und das Ergebnis sollten wir zur Kenntnis nehmen –, dass man mit den vorhandenen Strukturen, mit zwölf Jobcentern, Optimierungspotenzial hat. Jetzt geht es darum, mit allen Beteiligten – Frau Bangert! Sie können sich gern darüber aufregen, aber das sind nun mal alle Beteiligte. So einen Prozess kann meine Verwaltung nicht allein machen, sondern wir müssen einen Prozess mit der Gesundheitsverwaltung, mit den Bezirken, den Jobcentern und natürlich auch mit der Finanzverwaltung vorantreiben. Dass das KGSt-Gutachten das alles nicht vorab erledigt hat, lag auch in der Natur des Gutachtens. Das muss jetzt im Rahmen der Umsetzung erfolgen. In diesem Sinne war das vorab noch mal eine Einordnung meinerseits, und jetzt würde ich gern Herrn Staatssekretär bitten.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Herr Staatssekretär Velter!

**Staatssekretär Boris-Michael Velter** (SenArbIntFrau): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank für die Fragen! Auch mit Blick auf die Uhr will ich gern versuchen, in der gebotenen Kürze zu antworten.

Ich teile absolut die Ungeduld. Wir würden uns natürlich auch freuen, hätten auch gern schon vor Jahren immer Schalter umgelegt, um entsprechende Optimierungen herbeizuführen. Alle, die sich mit dem Prozess ernsthaft befassten, wissen, dass es so nicht geht, sondern dass es viele Akteure gibt, und dass es nicht so einfach ist, sich auf 16a-Leistungen – Das ist eine extrem effiziente Arbeitsgruppe, die aus meiner Sicht unmittelbar davor ist, Ergebnisse zu zeitigen. Das funktioniert nur im Konsens, weil zwölf Bezirke betroffen sind. Davon sind verschiedene Verwaltungen betroffen. Von daher teile ich die Ungeduld auf jeden Fall, und wir bleiben auch mit Tempo dran.

Es ist nicht so, dass dieser Prozess jetzt ergeben hat, dass wir externe Hilfe brauchen – ich will daran erinnern, dass wir darüber schon vor einem Jahr im Hauptausschuss und hier diskutiert haben, da war ich auch schon da, sondern ganz im Gegenteil. Mit Bordmitteln haben wir diesen Prozess aus meiner Sicht hervorragend aufgesetzt, nach dem Oktober, nachdem der entsprechende Senatsbeschluss da war, eben nicht, was Sie beschreiben, um sich externe Hilfe zu holen, um das überhaupt zu organisieren. Nein, wir haben das auch mit einer Beschäftigungsposition, die uns unterstützt, mit entsprechenden Freiräumen, die wir versucht haben bei den Kolleginnen und Kollegen zu schaffen, die auch alle hier sitzen, die das organisieren und gemacht haben.

Was jetzt angepeilt ist, das war die konkrete Frage von Ihnen nach der externen Unterstützung, das betrifft eine von vier Arbeitsgruppen. Das ist die Arbeitsgruppe mit der Zielsteuerung, wo es in der Tat bei uns so ist, dafür kann ich nichts, dass die entsprechende Expertise und die Manpower so nicht da sind. Deswegen werden wir aller Voraussicht nach an der Stelle die entsprechende Ausschreibung machen. Auch die würde ich natürlich lieber heute als morgen machen, aber auch da sind entsprechende Vorarbeiten erforderlich. Ich muss meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schützen, die nicht Tag und Nacht daran arbeiten können,

um entsprechende Arbeiten zu leisten, sondern das wird erstellt, das wird erarbeitet. Ich kann Ihnen aber keinen konkreten Zeitpunkt sagen, wann das dann der Fall ist.

Aber die Arbeitsgruppen tagen. Die haben übrigens auch über die Sommerpause hinweg getagt. Das ist keinerlei Selbstbefassung aus Jux und Tollerei unserer Kolleginnen und Kollegen, aber auch von anderen Verwaltungen, aus den Bezirken, von den Jobcentern und der Regionaldirektion, sondern sie versuchen, entsprechend der Aufgaben, die Sie selbst erarbeitet haben und die wir vorgegeben haben und die wir koordinieren, ganz konkrete Lösungen zu machen. Die entstehen jetzt auch. Wir werden genau im Plan, im November, eine Lenkungsgruppensitzung machen. Ich werde Ihnen alles weiterhin transparent übereignen, und dann kann man gern darüber diskutieren. Ich bin auch sehr dankbar für weitere Hinweise, was wir noch machen können, und werde das einspeisen.

Bei so einem Optimierungsprozess von einem Ende zu reden – jetzt hat man quasi das Optimum gefunden –, ist sehr mutig, nicht nur für Berlin mit der speziellen Konstruktion der zwölf gemeinsamen Einrichtungen, sondern das ist auch bundesweit mutig. Von daher glaube ich, dass das ein dauerhafter Prozess bleiben wird. Auch wenn wir es jetzt schaffen, entsprechende Mustervereinbarungen zu machen, die dann alle mittragen, wenn wir es schaffen, gesamtstädtisch ordentlich zu steuern, bleibt immer wieder die Frage der Ziele zum Beispiel, die wir in dreiseitigen Verträgen implementiert haben, was ja auch schon läuft, zumindest in vier Bezirken. Bei all diesen Dingen muss man natürlich kontinuierlich am Ball bleiben. Das ist ein hochkomplexes Thema, und ich verspreche Ihnen, Sie sofort zu unterrichten, wenn es weitere Ergebnisse gibt.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank, Herr Velter! – Frau Bangert!

**Sabine Bangert (GRÜNE):** Ich finde es sehr interessant, wie die Senatsverwaltung den KGSt-Bericht wertet. Es ist der Ergebnisbericht einer Evaluation, und ich glaube, das haben Sie bis heute noch nicht verinnerlicht. Es gibt übergreifende Empfehlungen in diesem Bericht zur Umsetzung, und zwar detailgenau auf die einzelnen Ebenen heruntergebrochen. Was Sie momentan machen, ist, diese Evaluation noch einmal in der Verwaltung mit Ihren Arbeitsgruppen zu evaluieren. Sie haben externe Expertise beauftragt, um im Grunde genommen, die Arbeit zu evaluieren, und haben ganz klare Handlungsempfehlungen bekommen. Dann erwartete ich doch, dass Sie sich mit den Handlungsempfehlungen auseinandersetzen und nicht noch einmal alles infrage stellen, denn dieser Prozess ist doch mit allen Beteiligten durchgeführt worden, mit Mitarbeitern der Jobcenter, der Regionaldirektion, der Verwaltung, der Bezirksämter. Es werden doch alle in Arbeitsgruppen beteiligt, die Ahnung von der Sache haben. Warum müssen Sie jetzt noch einmal so einen bürokratischen Prozess initiieren, der alles blockiert?

Die Ergebnisse liegen da. Sozialintegrative Leistungen ist das beste Beispiel. Hier brauchen wir einfach ein besseres Angebot. Punkt, aus. Setzen Sie das endlich um, und diskutieren Sie nicht permanent darüber, ob Sie es umsetzen oder nicht! Treffen Sie eine Entscheidung! Entscheiden Sie von mir aus: Die KGSt-Studie ist uns egal. Wir machen nichts, wir lassen es weiterlaufen –, aber treffen Sie eine Entscheidung, und hören Sie auf, die Verwaltung permanent mit Arbeit und mit Arbeitsgruppen zu überschütten, die nicht zielführend ist. Ich sehe keine Ergebnisse.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank, Frau Bangert! – Frau Breitenbach, bitte!

**Elke Breitenbach (LINKE):** Ich finde auch, dass man das so nicht stehenlassen kann. Es ist mir wirklich ein Rätsel. Ich sage noch mal: Wir reden hier nicht über Pillepalle. Wir reden auch nicht darüber, wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Senatsverwaltungen ihren Tag verbringen können, sollen, müssen, sondern wir reden in erster Linie darüber, wie die gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen bei den Menschen ankommen, die sie brauchen. Von daher, lieber Herr Velter, halte ich es für sehr vermessen zu sagen, dass man hier nicht von Ergebnissen reden darf. Hier wurde ein Gesetz geschaffen, das einem gefallen kann oder nicht. Dass es mir nicht gefällt, ist bekannt. Aber dieses Gesetz muss umgesetzt werden. Sich im Jahr 2014 hinzusetzen und zu sagen: Ach Gott, das klappt immer noch nicht, und da gucken wir mal noch ein bisschen, und zu Ergebnissen werden wir nicht kommen –, geht nicht.

Frau Cordt! Ich erlaube mir zu sagen, dass das ein Schwerpunkt bei Ihnen sein muss, wenn Sie hier in Berlin sind. Wenn Sie sich die KGSt-Studie angeguckt haben, werden Sie feststellen, dass ein Ergebnis ist, dass ganz viele Menschen dem Arbeitsmarkt letztlich nicht zur Verfügung stehen, weil diese sozialintegrativen Leistungen – Schuldner- und Suchtberatung, aber auch Kinderbetreuung – nicht bei ihnen ankommen. Sie und Ihre Behörde sind ja in diesen ganzen Prozess der vielen bunten Arbeitsgruppen eingebunden.

Frau Senatorin! Natürlich gibt es in dieser KGSt-Studie ganz klare Vorschläge, die umgesetzt werden müssen. Manchmal gibt es auch zwei bis drei Vorschläge. Man muss sich mal darauf festlegen, was man machen will oder auch nicht. Aber bis zum heutigen Tage hat sich weder irgendjemand aus dieser Koalition noch irgendeine Senatsverwaltung dazu positioniert. – Da sind ja einige Senatsverwaltungen eingebunden, die auch gern den schwarzen Peter von der einen zur anderen Stelle schieben. Frau Kolat wird heute bestimmt noch sagen: Was habe ich mit den sozialintegrativen Leistungen zu tun? Dafür ist Czaja zuständig. – Der sagt: Kolat soll machen! – So werden wir nicht weiterkommen. Sie haben sich bis zum heutigen Tage inhaltlich nicht zu den Ergebnissen der KGSt-Studie positioniert, und das ist ein Armutszeugnis. Deshalb musste ich mich jetzt noch mal melden. Jugendberufsagentur hin oder her, aber das kann man so nicht stehen lassen. Das ist echt Verdummung, was Sie hier betreiben.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank, Frau Breitenbach! – Herr Spies, bitte!

**Alexander Spies (PIRATEN):** Ich möchte daran erinnern, dass der Senatsverwaltung die Studie jetzt schon zwei Jahre vorliegt. Im Grunde genommen ist das Ergebnis nach zwei Jahren Beschäftigung damit etwas ärmlich. Ich habe Verständnis dafür, dass Verhandlungen mit Bezirken usw. dauern. Das hätte aber nach zwei Jahren schon abgeschlossen sein können. Aber gut, wenn wir es im November bekommen. Hauptsache es passiert etwas, dass alle Menschen, egal, in welchem Bezirk sie wohnen, schnellen Zugriff auf die sozialintegrativen Leistungen bekommen.

Was die Arbeitsgruppe Zielsteuerung angeht: Sie sagen, das war jetzt eine Arbeitsgruppe, aber das war ein ganz zentraler Punkt der KGSt-Studie, und ich habe kein Verständnis dafür, dass man zwei Jahre braucht, um festzustellen, dass wir externe Expertise brauchen. Wenn Sie das vor zwei oder vor anderthalb Jahren gesagt hätten, hätten wir gesagt: Gut das ist so, dann macht mal. – Aber das finde ich völlig unverständlich und kann das entsprechend bewerten.

Meine Frage, was die Umsetzbarkeit von Maßnahmen angeht: Die KGSt-Studie hat eine Analyse, aber auch ein paar Vorschläge, zum Beispiel unter der Voraussetzung, dass man an den zwölf gemeinsamen Einrichtungen festhält, könnte man das und das machen. – Da ist mir in den zwei Jahren zu wenig geschehen. Aber vor allem meine Frage nach der Übertragbarkeit der Eingliederungstitel haben Sie leider nicht beantwortet. Da muss ich noch mal nachhaken, denn das war ein zentraler Punkt, und wir sehen in der Praxis, dass das zu Schwierigkeiten führt. Reicht es Ihnen, dass Sie einmal einen Brief geschrieben haben? Haben Sie noch etwas anderes in petto, oder sagen Sie: Nein, das können wir nicht. Wir bleiben bei den zwölf gemeinsamen Einrichtungen, und dann gibt es eben auch keine Übertragbarkeit der Mittel aus dem Eingliederungstitel.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank, Herr Spies! – Darauf wird gleich Frau Bagusch antworten. – Frau Cordt! Sie haben die Möglichkeit, noch mal das Wort zu ergreifen. – Bitte sehr!

**Jutta Cordt (RD BB):** Frau Breitenbach! Ich teile Ihre Auffassung. Selbstverständlich ist es uns ein Anliegen. Ich glaube, alle Beteiligten im Raum sind sich zumindest bei den Punkt einig: Je schneller das Ergebnis da wäre, desto besser –, also, dass man die Leistungen denjenigen anbieten kann, die sie benötigen. Da sind wir an vorderster Stelle, die sagen, wir brauchen die Leistungen in den Jobcentern. Ich will nur noch mal in Erinnerung rufen: Ich glaube, es ist ein wesentlicher Punkt gewesen, warum man die Jobcenter geschaffen hat, zu sagen: Es sind die Leistungen dort vor Ort im Angebot, wo jeder seine Kompetenzen einbringt, wir als Bundesagentur für Arbeit die Arbeitsmarktpolitik und die kommunale Seite die flankierenden Leistungen. Von daher ist es für uns ein hohes Anliegen, und es ist auch ein hohes Anliegen, zeitnah die Ergebnisse zu haben. Ich denke, wir haben die Zeitachse im November, wo man die Qualitätsstandards im Grunde genommen schon auflistet, und ich hoffe, dass wir dann auch schnell in die Umsetzung kommen. Insofern bin ich da ganz bei Ihnen.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank, Frau Cordt! – Frau Bagusch, bitte!

**Kirsten Bagusch (SenArbIntFrau):** Vielen Dank! – Herr Spies! Gern möchte ich auf Ihre Frage antworten. Es ist so, dass wir sehr umfassend geprüft haben, inwieweit eine Möglichkeit besteht, die Eingliederungsmittel unter den Berliner Jobcentern umzuverteilen. Auch die Senatsverwaltung hätte ein großes Interesse daran, da es von Vorteil ist, wenn die Mittel aus dem einen Jobcenter in ein anderes umgeschichtet werden und hier an den Kunden gebracht werden können.

Die KGSt hat auch umfassend geprüft, inwieweit es sinnvoller ist, ein, vier, drei oder zwölf Jobcenter in Berlin zu installieren. Hier ist der Vorschlag, der KGSt, es so beizubehalten. Die zwölf Jobcenter, wie es hier gang und gäbe ist, sind eine sinnvolle Lösung. Insofern haben wir keine andere Meinung dazu, keine andere Lösung, und hatten gar keine andere Möglichkeit, als mit dieser Frage, mit den zwölf Jobcentern, die wir um Land Berlin haben, eine Umverteilung vorzunehmen. Uns hat das BMAS vor zwei Jahren mitgeteilt, dass es keine andere Möglichkeit gibt. Das Land Berlin hat sich für zwölf gemeinsame Einrichtungen entschieden. Insofern gibt es keine andere Handhabe. Wir hätten auch gern eine andere Lösung gefunden, sehen aber hier jetzt keinen weiteren Weg.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank! – Herr Spies noch eine kurze Nachfrage, bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen müssen!

**Alexander Spies (PIRATEN):** Haben Sie keine weitere Initiative ergriffen, zum Beispiel Unterstützung im Bundesrat zu bekommen, oder das Bundesministerium noch mal aufzufordern, vielleicht eine Regelung einzufügen?

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank! – Frau Bagusch!

**Kirsten Bagusch (SenArbIntFrau):** Es ist so, dass die gesetzliche Grundlage in der Form gegeben ist. Die Stadtstaaten haben die Möglichkeit, beliebig viele Jobcenter zu bilden, insofern zwölf. Wir sehen da rechtlich erst mal gar keine andere Handhabe. Inwieweit sich der Bundesrat damit befassen möchte, diese Lösung – – Also, da sehen wir keinen weiteren gangbaren Weg.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Danke schön! – Frau Senatorin!

**Senatorin Dilek Kolat (SenArbIntFrau):** Herr Spies! Sie wissen, dass wir auf mehreren Ebenen sehr häufig initiativ geworden sind, das noch mal ergänzend. Aber die rechtliche Lage ist so, wie es dargestellt worden ist.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Bitte, Herr Spies!

**Alexander Spies (PIRATEN):** Aber welche Ebenen noch? Uns ist bislang nur der eine Weg, der Brief an das Bundesministerium, bekannt. Auf welchen Ebenen sind Sie noch aktiv geworden?

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Frau Senatorin, bitte!

**Senatorin Dilek Kolat (SenArbIntFrau):** Im Rahmen der Möglichkeiten, die sich mir als Senatorin anbieten, zum Beispiel über die Fachministerkonferenzen. Also, immer wenn es Runden auf Bundesministerebene gab, haben wir das Thema angesprochen.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank! – Es ist niemand mehr auf der Redeliste. Das bedeutet, wir vertagen den Tagesordnungspunkt bis zum Vorliegen des Protokolls.

Nun kommen wir zum Tagesordnungspunkt 4. Dazu ist Frau Cordt glücklicherweise noch bis 12 Uhr da. Ich mache ich Ihnen keine Vorschriften, wie Sie zu fragen und was Sie zu sagen haben, aber vielleicht nehmen Sie es als Hinweis mit, dass sie uns leider gegen 12 Uhr verlassen muss. – Herr Prof. Korte, bitte schön!

**Dr. Niels Korte (CDU):** Frau Cordt! Auch im Namen der CDU-Fraktion ganz herzlichen Dank für Ihr Eingangsstatement, in dem Sie auf die Schwerpunkte der künftigen Amtsführung hingewiesen haben. In der bisherigen Amtsführung Ihres Vorgängers waren auch die Langzeit- und die Jugendarbeitslosigkeit ganz entscheidende Schwerpunkte, und das ist für uns in der Koalition besonders wichtig, weil sich das mit dem deckt, was wir mit "Berlin-Arbeit" wollen. Dass Sie diese Schwerpunkte auch in der Zukunft setzen wollen, freut uns besonders, und in dem Zusammenhang – die Senatorin hat schon über Zahlen in der Langzeitarbeitslo-

sigkeit gesprochen – muss man darauf hinweisen, dass wir gerade bei der Jugendarbeitslosigkeit in den aktuellen Monatszahlen seit 2011 einen Rückgang von 25 Prozent erzielt haben. Das sind immer noch dramatisch viele, aber das zeigt, dass die gemeinsamen Bemühungen von Regionaldirektion und „Berlin-Arbeit“ greifen. Das sollte uns ermutigen, entsprechend weiterzumachen.

Zu dem, was Sie im Eingangsstatement angesprochen haben, bieten sich einige Fragen an. Ich fand insbesondere interessant, dass Sie die Akquisition von Lehrstellen in den Mittelpunkt der Bemühungen stellen wollen. Mich würde interessieren, wo die Akquisiteure von Lehrstellen organisatorisch aufgestellt sein sollen, und wie Sie planen, diese Lehrstellenakquisition auch organisatorisch mit Vertretern der Wirtschaft zu verzahnen. Wird es gemeinsame Gremien geben, wo auch Vertreter der Berliner Wirtschaft präsent sind? Das würde sich möglicherweise anbieten.

Dann sprachen Sie noch an, dass die Spätstarter in den Mittelpunkt gerückt werden sollen. In diesem Zusammenhang habe ich die Frage, bis zu welchem Lebensalter Sie den Begriff der Spätstarter definieren. Wir als Fraktion regen an, mindestens das Lebensalter bis 27 Jahre in den Blick zu nehmen.

Drittens – es kam bisher noch nicht vor, wird aber vielleicht in den folgenden Ausführungen angesprochen werden – würde mich interessieren, wie Sie die Schwerpunkte der Verzahnung in der Region Berlin-Brandenburg in der Bekämpfung gerade der Jugendarbeitslosigkeit aufstellen wollen. Hier haben wir ja das Phänomen, dass eine teilweise zu geringe Mobilität der Stellenbewerber über die Landesgrenzen hinweg vorhanden ist, und dass es im Brandenburger Umland Stellen gibt, die besetzt werden können, aber sich Berliner Bewerber nicht in ausreichender Zahl finden. Hier könnte den Problemen beider Länder Rechnung getragen werden, indem durch geeignete Maßnahmen die regionale Mobilität gefördert wird. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank, Herr Prof. Korte! – Als Nächstes – Frau Bangert, bitte!

**Sabine Bangert (GRÜNE):** Herr Prof. Korte! Bezüglich der Zahlen empfehle ich Ihnen, heute einen Blick in die „Berliner Zeitung“ zu werfen, auf Seite 12, wo die Ausbildungssituation bundesweit dargestellt wird, und weiter, dass die Zahlen mit Vorsicht zu genießen sind und dass sich vor allem die Unternehmen aus der Ausbildung verabschieden. Diese Entwicklung haben wir auch in Berlin. Die Zahl der Ausbildungsplätze bei den Handwerksbetrieben sind seit Jahren rückläufig. – Das nur noch mal kurz dazu.

Wir unterstützen die Einrichtung einer Jugendberufsagentur, weil wir das für dringend notwendig halten. Nichtsdestotrotz finden wir es sehr bedauerlich, dass es keine zentrale Steuerung geben wird, sondern dass wir es ähnlich wie bei den Jobcentern mit zwölf individuellen Lösungen in den Bezirken zu tun haben werden.

Meine Frage geht gleichermaßen an den Senat und an die Regionaldirektion, an Frau Cordt: Wie sieht es aus? Sie haben vorhin gesagt, es solle eine Schnittstellenvereinbarung geben. Das wäre mir persönlich zu wenig. Wird es einheitliche qualitative Standards geben? Wie läuft die Steuerung? Kann jeder Bezirk, jedes Jobcenter agieren will es will? Wird es gemeinsame Absprachen geben?

Last but not least: Die Jugendberufsagentur wird eine zusätzliche Aufgabe sein. Wie sieht es da mit den zusätzlichen personellen Ressourcen aus? Daran wird sich der Erfolg der Jugendberufsagentur ganz entscheidend messen lassen müssen. Wenn wir keine zusätzlichen personellen Ressourcen da reingeben, weder seitens der BA noch seitens des Landes oder der Bezirke, dann wird es eine Einrichtung sein, die wirkungslos sein wird.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank! – Frau Breitenbach, bitte!

**Elke Breitenbach (LINKE):** Ich beschränke mich jetzt auf die Jugendberufsagentur, erlaube mir trotzdem die Anmerkung, dass die Zeit der Lehrstellen und Lehrlinge vorbei ist, dass es in der Zwischenzeit aus gutem Grund Auszubildende und Ausbildungsplätze gibt. Das war mir wichtig, weil wir das immer wieder in diesem Ausschuss haben.

Was die Jugendberufsagentur angeht: Wir haben starke Bedenken. Deshalb haben wir einen Antrag vorgelegt, den Sie heute nicht diskutieren wollen, in dem wir Mindeststandards und Voraussetzungen formuliert haben. Das werden wir irgendwann nachholen. Uns ging es um den Stand der Umsetzung. Langsam müsste angefangen worden sein. Ich nenne drei Punkte, zu denen ich von Ihnen Genaueres erfahren möchte.

Bisher gab es immer wieder das Ziel, diese Jugendberufsagentur – Frau Bangert hat es eben schon erwähnt – soll kostenneutral umgesetzt werden, und das würde funktionieren. – Ich frage den Senat, aber auch Frau Cordt: Sind Sie nach wie vor davon überzeugt, dass Sie eine Jugendberufsagentur schaffen können, indem Sie den Bezirken zusätzliche Aufgaben überheften, ohne dafür zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen bereitzustellen? Glauben Sie nach wie vor, dass das funktioniert? Wie gehen Sie in diesem Zusammenhang mit der Äußerung des Rats der Bürgermeister um, der auch gesagt hat, dass wir das so nicht schaffen werden. Sie haben sicherlich das Protokoll aus dem anderen Ausschuss gelesen, wo das auch noch mal sehr deutlich geworden ist. Wie wollen Sie dieses Problem lösen?

Der zweite Punkt bei dem Umsetzungsstand der Jugendberufsagentur: Können Sie bitte noch mal genau darlegen, wie Sie die Bezirke in geeigneter Weise in diese Entscheidungen einbeziehen, die jetzt zu treffen sind, und nicht nur die Verantwortlichen in den jeweiligen Bezirken? Wie gehen Sie eigentlich mit guten Beispielen um, die in den Bezirken existieren, mit Projekten, die eine gute Arbeit bei der Unterstützung von Jugendlichen machen? Werden diese Projekte in Zukunft beibehalten, oder werden sie mit der Jugendberufsagentur abgewickelt?

Der dritte Punkt ist: Haben Sie sich in der Zwischenzeit mit dem Datenschutzbeauftragten in Verbindung gesetzt, und können Sie heute eine Aussage darüber treffen, ob Ihre bisherigen Vorhaben tatsächlich die Persönlichkeitsrechte der jungen Menschen, die davon betroffen sind, in jeder Zeit berücksichtigen?

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank, Frau Breitenbach! – Frau Radziwill, bitte!

**Ülker Radziwill (SPD):** Anhand der Diskussion in Bezug auf den Tagesordnungspunkt 3 sehen wir ja, was bei der Jugendberufsagentur viel besser laufen muss. Das gibt uns eine gute Basis. – Ich habe zwei konkrete Fragen an den Senat. Die erste ist: Wie viele Bezirke bringen

sich jetzt aktiv in diese Arbeitsgemeinschaften ein? Welche sind das? Haben Sie schon konkrete Aussagen? Zweitens: Ist das Lenkungsgremium jetzt schon zusammengestellt?

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank, Frau Radziwill! – Abschließend Herr Spies, und dann hat Frau Cordt noch mal das Wort.

**Alexander Spies (PIRATEN):** Danke für den Appell, Frau Radziwill! Ich sehe da auch einen engen Zusammenhang mit der KGSt-Studie, denn eines ist klar: Das Hamburger Modell, das ja auch den Namen für diese Initiative ausleiht, lässt sich in Berlin so nicht umsetzen. Das hieße ja dann wieder zwölf Einrichtungen in zwölf Bezirken. Im Übrigen – das wurde schon von den Arbeitsgruppen bzw. aus den beteiligten Senatsverwaltungen signalisiert – bitte ich, nicht zu vergessen, dass auch die Bildungsverwaltung beteiligt ist, auch wenn man das nicht so merkt, weil da wenig passiert, dass man eigentlich sicher ist, dass ohne eine explizite Finanzierung dieses Projektes im Grund genommen auch keine Jugendberufsagentur zustande kommt. Ich habe jetzt den Eindruck: Man tut nichts und nennt das Ganze „Jugendberufsagentur“. – Das ist natürlich nicht das, was man an der Stelle bräuchte und was notwendig ist, denn abgesehen von der langfristigen Entwicklung, das heißt, dass wir tatsächlich rückläufiger Bewerber/-innenzahlen für Ausbildungsplätze haben, was natürlich die Sache ein bisschen vereinfacht, wissen wir, dass Berlin im Vergleich zu Bayern unterdurchschnittlich ausbildet. Bayern ist in diesem Fall vorn, das muss man als Berliner auch mal zugestehen, und da muss man mit den betreffenden Institutionen Industrie- und Handelskammer ansetzen, und dann muss man auch mit den Kammern stärker reden, dass Ausbildungsplätze geschaffen werden, die es praktisch erreichen, dass mehrere Betriebe gemeinsam ausbilden können. Es ist ein Hindernis, dass wir sehr viele kleine Betriebe haben, die sich allein diese Ausbildung nicht leisten können.

Der entscheidende Punkt, das haben wir in verschiedensten Anhörungen schon festgestellt, ist der katastrophale Zustand der Berufsorientierung an den Schulen. Man kann auch ohne, dass man das Ganze Jugendberufsorientierung nennt, was tun oder muss sogar etwas tun. Hier scheitert man aber an den bezirklichen Grenzen, denn nicht in allen Bezirken sind alle Firmen oder Handwerke vertreten, die interessant wären. Hier bedarf es tatsächlich einer gesamtstädtischen Anstrengung, und da ist wieder die Bildungsverwaltung, die Arbeitsverwaltung oder wer auch immer gefragt, um zu erreichen, dass ab der 7. Klasse Praktika in ganz Berlin, in jedem Bezirk, den jeweiligen Schülerinnen und Schülern angeboten werden.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank, Herr Spies! – Es ist Punkt 12 Uhr. Wir hatten uns ja darauf verständigt, dass Sie sich zwei Stunden für uns Zeit nehmen. Das heißt, Ihr Statement passt zum Schluss noch da rein. – Frau Cordt, bitte!

**Jutta Cordt (RD BB):** Eingangs, bevor ich zur Jugendberufsagentur komme, weil da auch die Fragestellung hinging, zum Stichwort Lehrstellenakquise oder Akquisiteure, die ich vorhin angesprochen habe: Das ist ja ein Element, das die Selbstverwaltung Ende Juli beschlossen hat. Im Moment ist die Zentrale dabei, die Ausbildungsstellenakquisiteure, die es geben soll, auf die einzelnen Regionaldirektionen zu verteilen. Wir haben noch nicht die aktuelle Zahl. Wenn wir die haben, gehen wir in die konzeptionelle Umsetzung, wo wir die ansiedeln werden und ob es nur zwei oder 20 sind, das ist auch ein Unterschied, um zu schauen, wie wir uns gut verzahnen können.

Als Spätstarter gilt man bei uns grundsätzlich bis 35 Jahre. Das war Ihre Frage.

Die Verzahnung oder überregionale Ausbildungsstellenvermittlung, insbesondere in den Speckgürtel von Brandenburg hinein, ist auch ein Schwerpunkt, den wir insbesondere in diesem Jahr schon hatten und auch 2015 wieder auf der Agenda haben, mit allen Problemstellungen, was operativ dahinter steht. Das kann ich dann auch noch mal berichten.

Zum Stichwort Jugendberufsagentur, das ist schon angesprochen worden, ist der Stand aktuell so – ich denke, dazu wird der Senat auch noch etwas sagen –, dass wir eine Grundvereinbarung haben, deren Zielsetzung ist, in Berlin eine Jugendberufsagentur zu errichten. Zur Zeitachse: Das Konzeptionelle ist 2014 vorgesehen, und die ersten Arbeitsgruppen tagen.

Ein Punkt dabei ist – die Situation hier ist in der Tat anders als in Hamburg, dass ich nicht eine Jugendberufsagentur habe, sondern zwölf –, Mindeststandards festzusetzen, mit einer gemeinsamen Zielsetzung und auch einer gemeinsamen Vereinbarung, welche Eckpunkte eingebracht werden sollen. Das ist unumstößlich, um auch zu sagen: Wie können wir den Prozess an den einzelnen Themen weiter vorantreiben?

Zum Themenschwerpunkt, den Sie gerade angesprochen haben, personelle Ressourcen, würde ich gern die Seite der Bundesagentur darstellen, denn wir werden in die Jugendberufsagenturen mit den Aufgaben Berufsorientierung – das ist hier angesprochen worden –, aber auch Ausbildungsstellenvermittlung hineingehen. Das werden wir mit den personellen Ressourcen machen, die wir zur Verfügung haben, weil wir natürlich die Aufgaben jetzt schon anbieten, und die Idee der Jugendberufsagentur ist ja, sich mit den Angeboten besser zu verzahnen. Ich könnte es mir einfach machen und sagen: Wenn die Aufgaben von kommunaler Seite angeboten werden, braucht man erst mal keine zusätzlichen personellen Ressourcen. – Ich glaube eine andere Frage ist ohne Zweifel, wie ich die Anlaufkosten finanziere, wenn ich eine Jugendberufsagentur errichte. Unsere Sichtweise, die der Bundesagentur für Arbeit ist: Wir werden die Ressourcen, die wir aktuell für diese Aufgaben haben, in diese Jugendberufsagentur überführen, je nach Schwerpunktsetzung, was in den einzelnen Arbeitsblöcken herauskommt.

Ihr Stichwort Berufsorientierung: Ich hatte es eingangs gesagt. Insofern teile ich Ihre Einschätzung. Es ist zwingend erforderlich, eine gute Konzeption über Berlin hinaus zu haben, was die Berufs-, aber auch die Studienorientierung betrifft, auch mit einheitlichen Standards über die Bezirksgrenzen hinweg nach Brandenburg hinein. Das wird aktuell erarbeitet, sodass wir mit einer guten Konzeption Jugendlichen ein besseres Angebot zur Verfügung stellen können als aktuell.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank, Frau Cordt! – Hier geht es noch weiter, ich habe noch einige auf der Redeliste, aber ich weiß, dass Sie einen Anschlusstermin haben. Wir hatten ja vorher darüber geredet. Danke, dass Sie sich zwei Stunden Zeit für uns genommen haben, dass wir uns kennenlernen konnten. Ich denke, wir bleiben in der einen oder anderen Weise sowieso in Kontakt. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Tag! Auf Wiedersehen!

**Jutta Cordt (RD BB):** Herzlichen Dank!

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Jetzt geht es weiter in der Redeliste. – Frau Harant, bitte!

**Renate Harant (SPD):** Danke, Frau Vorsitzende! – Ich möchte gern aus der Sicht der Bildungsverwaltung dazu etwas sagen. Wir hatten im Bildungsausschuss am 26. Juni, also in der allerletzten Sitzung vor der Sommerpause, eine sehr umfangreiche Anhörung mit etlichen Anzuhörenden aus den unterschiedlichsten Bereichen, die noch gar nicht ausgewertet ist. Da hat aber die Bildungsverwaltung klargemacht, dass die Jugendberufsagentur für sie ein zentrales Projekt ist, und zwar ein Projekt, das sie sogar als das wichtigste Reformprojekt, das sie jetzt vorhat, bezeichnet hat. Ich denke, es ist wichtig, dass wir gemeinsam in dieser Richtung weiter zusammenarbeiten. Also, es wird mit hoher Priorität betrieben, und ich habe der Anhörung von den Oppositionsfraktionen gehört, dass es ihnen zu schnell gehe, was mich wundert, wenn ich sehe, dass andererseits Stellungnahmen von Ihren Ausschuss inzwischen ein Jahr bei uns gelegen haben, bis sie jetzt überhaupt mit eingebracht werden konnten. Ich rede von dem Antrag – Jugenderwerbslosigkeit bekämpfen – Fachkräfte sichern I: Einrichtung einer Jugendberufsagentur in Berlin –. Vor einem Jahr haben Sie dazu eine Stellungnahme verfasst. Dass man da ein bisschen schneller zu Pote kommen sollte, finde ich richtig. Die holen sich die Partner zusammen. Das macht die Senatsverwaltung für Bildung. Sie erarbeitet eine Praxis für diese Jugendberufsagentur, und das ist auch bei der Bildungsverwaltung ganz richtig angesiedelt, denn es muss ja in der Schule beginnen. Das wurde gerade noch mal deutlich. Es muss ja mit Berufsorientierung beginnen, aber es kann nicht nur um Lehrstellenvermittlung gehen, sondern es muss um Beratung und Betreuung gehen, denn wir haben in Berlin wirklich eine unhaltbare Situation, weil wir ein Durchschnittsalter haben, wenn die jungen Leute in eine Ausbildung gehen, das bei 21,2 Jahren liegt. Bayern wurde gerade zitiert, dort ist es 18 Jahre. Also, es gibt wirklich einen großen Verbesserungsbedarf.

Wir haben das zweite große Problem, dass ein unfassbar großer Anteil der Ausbildungen abgebrochen wird. Also, wir brauchen auch eine Betreuung für diese Jugendlichen, die in eine Ausbildung gehen und die man dann auch – nicht alle, aber einen Teil – bei der Hand nehmen und während der Ausbildung betreuen muss, damit die das überhaupt auf die Reihe kriegen.

Kräfte bündeln, ist das Ziel. Die Jugendberufsagentur gehört dazu, aber sie ist eben nicht die alleinige Akteurin. Dazu gehören die Senatsverwaltungen, die Jugendämter und die Wirtschaft. Es ist eine große, wichtige Aufgabe, und auch dieses Nebeneinander von Fördersystemen, das man gern als Maßnahmenschunzel bezeichnet, sollte in diesem Zusammenhang etwas gelichtet werden, dass man schrittweise auch Erfolge verbuchen kann. Insofern möchte ich die Bildungsverwaltung in Schutz nehmen. Daran wird schon gearbeitet.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank, Frau Harant! – Frau Bangert, bitte!

**Sabine Bangert (GRÜNE):** Ich bin jetzt etwas erschüttert über die Aussage von Frau Cordt, dass auch vonseiten der Bundesagentur kein zusätzliches Personal reingeht. Ich bin gespannt auf die Aussage des Senats. Der Anspruch ist ja formuliert. Jeder/jede Jugendliche – wir sprechen hier von einer deutlich höheren Anzahl, als momentan Jugendliche beim Jobcenter auflaufen – soll umfassend bis hin zu aufsuchend beraten werden. – [Elke Breitenbach (LINKE): Verfolgungsbetreuung nennt man das auch!] – Ohne zusätzliche personelle Ressourcen geht so was nicht. Die Jugendlichen sollen zum Ausbildungsabschluss oder zur nachhaltigen Beschäftigung geführt werden. Entweder, ich schraube meine Ansprüche runter und sage, dass wir den Anspruch nicht erfüllen können. Wir machen jetzt eine Schnittstellenvereinbarung, und damit hat sich es. Dann steht es auf dem Papier, und es ist schön, dass alle zusammenarbeiten, wenn es klappt. – Oder wir machen uns wirklich Gedanken, was die umfassende Betreuung erfordert. Ich glaube, es entscheidet sich an den personellen Ressourcen, die wir da reingeben. Was ist es uns wert, ob Jugendliche in die Langzeiterwerbslosigkeit hineinwachsen oder ob wir jetzt zusätzliches Geld in die Hand nehmen, um möglichst viele Jugendliche in eine Ausbildung und in eine nachhaltige Beschäftigung zu bringen? Volkswirtschaftlich ist es eine Katastrophe, wenn die uns im Transferleistungsbezug hineinwachsen. Diese Investition rechnet sich auf alle Fälle. Es ist unsere politische Entscheidung, ob wir das wollen oder nicht, aber wir müssen es entscheiden und nicht rumlavieren und noch lange überlegen, wie wir es machen. Dann muss auch der Senat ganz klar die Forderung an die Bundesagentur stellen, dass da auch diesbezüglich gesprungen werden muss, aber von beiden Seiten ist da etwas erforderlich.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank, Frau Bangert! –Frau Radziwill, bitte!

**Ülker Radziwill (SPD):** Was ist denn unser Ziel? – Das erste Ziel ist, dass die Jugendlichen eine wirklich gute berufliche Perspektive bekommen, gute Beratung, gut ins Leben starten können, das zweite Ziel ist selbstverständlich, die Jugendarbeitslosigkeit zu senken, und das dritte Ziel ist, die Sicherung von Fachkräften in dieser Region auch zu erreichen. Unter diesem Aspekt ist die Jugendberufsagentur aus meiner Sicht zu sehen. Dass die natürlich personell gut aufgestellt sein muss, ist für uns selbstverständlich. Ich denke, dass der Senat das durchaus im Blick hat, und wir werden sicherlich gleich etwas dazu hören.

Zu meinen beiden Fragen, die ich vorhin gestellt habe, möchte ich eine zusätzliche dritte Frage stellen, die ich eben erarbeitet habe, als ich Herrn Spies zugehört habe. Herr Spies hatte eben gefordert, dass alle Siebtklässler ein Praktikum machen sollten. Ist das in Berlin überhaupt realisierbar? Der Senat hört sicherlich aufmerksam zu, weil die Frage in seine Richtung geht. Ist dieser Wunsch, für alle Siebtklässler ein Praktikum in Unternehmen zu organisieren, realisierbar? Mich würde interessieren, ob das vom Volumen her zu wuppen ist.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank! – Ich habe niemanden mehr auf der Redeliste, und wir kommen jetzt zur Beantwortung durch den Senat. Herr Jahnke von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft ist heute zu uns gekommen, und ich möchte ihm das Wort erteilen. – Bitte sehr, Herr Jahnke!

**Ralf Jahnke (SenBildJugWiss):** Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Vielen Dank für die Fragen. Ich bin momentan der Projektleiter für dieses Projekt „Jugendberufsagentur in Berlin umsetzen“. Ich möchte Sie kurz davon in Kenntnis setzen, wo wir

stehen, und ich versuche auf dem Wege, die Fragen so zu beantworten, dass Sie vollumfänglich zufriedengestellt sind.

Der erste Punkt ist: Wir starten seit dem 13 Juni mit der inhaltlichen Arbeit an der Errichtung einer Jugendberufsagentur. Wir hatten am 12. Juni einen Beschluss des Rats der Bürgermeister, der sichergestellt hat, dass alle Projektvereinbarungspartner die Projektvereinbarung unterzeichnet haben. Zu den Partnern gehören die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen, meine Verwaltung, die Regionaldirektion und alle Bezirke. Es war uns am Anfang wichtig, gleich alle Bezirke in die Projektvereinbarung einzubeziehen. Entsprechend wurde auch die Lenkungsgruppe des Projektes besetzt. Wir haben dort aufgrund der Größenordnung allerdings eine Auswahl von vier Bezirken, die praktisch stellvertretend für alle Bezirke mit auf den inhaltlichen Fortgang des Projektes achten.

Seit 12. Juni haben sieben Arbeitsgruppen in jetzt insgesamt 19 Sitzungen Zwischenergebnisse erarbeitet. In einer Projektgruppensitzung wurde der Zeitplan dazu noch mal gestrafft, und die Lenkungsgruppe tagt am 1. Dezember, um dann Folgeergebnisse so zu fassen, dass eine Senatsvorlage zustande kommt und Sie dann auch Einblick haben in alle strukturellen Einzelprozesse der Jugendberufsagentur, die wir mit landesweiten Standards so ausrichten wollen, dass die Regionen mit regionalen Kooperationsvereinbarungen aufsetzen können und insbesondere dabei auch ihre gewachsene Strukturen und Jugendberatungshäuser wie Kompetenzagenturen Berücksichtigung finden können.

Die Ressourcenfrage kann meines Erachtens nur solide beantwortet werden, wenn wir die Einzelprozesse so weit fortgeschrieben haben, dass entsprechende Aussagen zu treffen sind. Ich verweise aber auf unseren Prüfbericht vom Dezember des letzten Jahres, den wir im Januar vorgelegt haben. Wir sind nicht blauäugig in diesen Prozess eingestiegen, sondern haben natürlich Gelingensbedingungen formuliert, jetzt erst mal in dieser Abstraktheit, wo wir an bestimmten Punkten nicht vorbeikommen. Wir wissen, dass die Bezirke in der Jugendberatung, in der Präsenz der Jugendhilfe in den regionalen Anlaufstellen, einen Punkt haben, den wir genau betrachten müssen, damit die Bezirke in dieser Struktur entsprechend berücksichtigt werden können. Wir wissen, dass die Berufsorientierungsprozesse, die sehr anspruchsvoll sind und im Landeskonzept für Berufs- und Studienorientierung parallel aufgebaut werden, insbesondere auch für die Kontakt-, Beratungs- und Begleitaufnahme nicht nur als neue Agentur, sondern als Dienstleistung am Jugendlichen sicherstellen müssen, dass jeder Jugendliche in der 9. und 10. Klasse einen verlässlichen und qualitativ angemessenen Beratungskontakt hat und eine Empfehlung des Übergangs in die 10. Klasse.

Ich unterstreiche das Interesse der Senatsverwaltung für Bildung an diesem Projekt als parallel laufenden Prozess zur Schulstrukturreform in der Integrierten Sekundarschule. Wir wissen, dass wir einen großen Anteil von Jugendlichen in die gymnasiale Oberstufe bekommen. Das sind fast 50 Prozent der 30 000 Jugendlichen in Berlin. Wir wissen aber auch, dass von den restlichen 15 000, die nicht direkt in der 10. Klasse übergehen, nur 2 600 in betriebliche Ausbildung gehen. Dieser Anteil ist zu niedrig, und deswegen haben wir in der Lenkungsgruppe eine verbindliche Beteiligung der Sozialpartner und der zuständigen Stellen und Kammern vorgesehen, denn die Diskussion mit den Kammern wollen wir führen, um klarzumachen, dass ein früherer Einstieg gewonnen werden kann, aber die Jugendberufsagentur allein kein Allheilmittel ist.

Ich will noch kurz zu den Punkten kommen: Wir wollen keine zwölf Einzellösungen in den Bezirken haben, sondern wir wollen Standards setzen, die trotzdem, ich habe es gesagt, einen Bewegungsspielraum für die Bezirke lassen. Dann kommt natürlich immer die Frage, ob es automatisch eine neue Struktur gibt, die andere Strukturen überflüssig macht. An einer Stelle müssen wir uns gefallen lassen, dass die Ressourcen, die wir zusammenführen, auch so sinnvoll sind, und wir wollen praktisch mit der Anlaufstelle alle Dienstleistungen am Jugendlichen beim Übergang von Schule und Beruf zusammenführen. Es kann durchaus sein, dass einzelne andere Leistungen, die wir bisher in den Bezirken vorhalten oder auch übergeordnet, noch mal neu bewertet werden müssen. An diesem Umstand kommen wir gar nicht vorbei. Einerseits sind wir auch dabei – um noch mal auf die Ressourcen zu kommen, Sie wissen, dass es darum geht –, auch die Schulen in diesem Prozess reinzuholen. Dort gibt sicherlich noch Überlegungsbedarf für die beruflichen Schulen. Es gibt Pläne, die von bestimmten Bedarfen an den beruflichen Schulen ausgehend sind. Aber, wie gesagt, ich kann bei diesem Projektstand Entscheidungen der Lenkungsgruppe nicht vorgreifen und möchte Sie um Geduld bitten.

Ich nenne noch zwei Punkte, die uns in Berlin qualitativ sehr viel Aufwand betreiben ließen, Stichwort Datenschutzbeauftragter. Der Datentransfer und das Wissen, wo die Jugendlichen im Qualifizierungsverlauf sind, sind uns wichtig, und das hat uns an der Stelle Hamburg leider vormachen müssen, dass die Angebote, die wir dann konsekutiv für jeden Jugendlichen aufbauen, auch sinnstiftend sind und die Verbleibzeit im Übergangssystem signifikant verkürzen. Da ist natürlich für den Datenschutzbeauftragten wichtig, wer die datenbearbeitende Stelle in einem Konzept wie Jugendberufsagentur ist, weil wir keine neue Institution haben, sondern nur Bündnispartner. Die Gespräche sind gelaufen. Der Datenschutzbeauftragte ist in einer Arbeitsgruppe 3 – das ist bei uns Datentransfer und Datenschutz – von vornherein angebunden. Es hat zwei zusätzliche Sitzungen mit ihm gegeben, und wir sind auf einem guten Weg, dass wir dieses schwierige Problem des Datenschutzes mit gleichzeitigem Gewinn an Datentransparenz für die Kooperation der Leistungspartner hinkommen.

Ein weiterer Punkt: Es ist auch wichtig, dass die Bezirke nicht nur durch die Präsenz unserer vier Bezirke, die in der Lenkungsgruppe vertreten sind, in die Lenkungsgruppenarbeit einbezogen sind, sondern wir haben auch die Bezirke in den Arbeitsgruppen durch eine Federführung in einer großen Arbeitsgruppe repräsentiert, die alle Prozesse in den regionalen Anlaufstellen zusammenführt. Diese Arbeitsgruppe wird federführend von einem Bezirk und der Abteilung Jugend der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft geleitet.

Ich habe versucht, einige Fragen zu beantworten. Ich sage am Schluss sehr selbstbewusst: Hamburg hat drei Jahre für diesen komplexen Prozess gebraucht. Wir haben zwei Monate für den Prüfbericht, und wir sind drei Monate im Prozess mit den Zwischenergebnissen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass dieser Prozess zielorientiert zu Ende geführt wird. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank, Herr Jahnke! – Dann hatte die Senatorin noch mal um das Wort geben. – Bitte sehr!

**Senatorin Dilek Kolat (SenArbIntFrau):** Vielen herzlichen Dank! – Ich möchte noch mal ganz kurz einordnen, weil einige gesagt haben, dass die Jugendberufsagentur nicht als alleiniges Projekt zu sehen ist, sondern wir das tatsächlich im Zusammenhang mit zwei anderen zentralen Bereichen sehen wollen, einmal das, was vorher schon in der Schule passiert, das

Thema Berufs- und Studienorientierung, und das im engen Zusammenhang mit der Jugendberufsagentur, und danach müssen natürlich auch die betrieblichen Ausbildungsplätze in der Stadt da sein, damit die Jugendberufsagentur am Ende überhaupt zum Erfolg führt.

Wir haben uns im Rahmen von „Berlin-Arbeit“ im Senat vorgenommen, die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Wir sind bei 14 Prozent gestartet und jetzt bei 11,6 Prozent. Wir haben uns als Ziel gesetzt, die Jugendarbeitslosigkeit unter 10 Prozent zu bringen, und wir wissen, dass einer der zentralen Knackpunkte bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist, dass ein hoher Anteil von den Jugendlichen, die arbeitslos sind, keinen Berufsabschluss hat. Deswegen ist Ziel Nummer eins der Jugendberufsagentur, so viele Jugendliche wie möglich von der Schule in die betriebliche Ausbildung zu bringen, weil eine betriebliche Ausbildung die beste Garantie dafür ist, dass sie später nicht arbeitslos werden.

Punkt 2 ist, das will ich an dieser Stelle auch unterstreichen: Es geht nicht nur um die betriebliche Ausbildung, sondern auch um Studienorientierung, denn wir wissen, dass eines der zentralen Probleme in dem Zusammenhang ist, dass wir sehr hohe Abbruchquoten haben, in Berlin überdurchschnittlich, über 30 Prozent. Das muss man sich mal vorstellen. Jeder Dritte, der eine Ausbildung beginnt, bricht sie ab, führt sie nicht bis zum Ende durch, und es ist beim Studium genauso, dass die Jugendlichen, die ein Studium beginnen, es nicht bis zum Ende durchführen. Das kann ganz individuelle Gründe haben, dass man sich umentscheidet. Das ist, denke ich, auch ganz normal, dass die Erwerbs- und Bildungsbiografien sehr unterschiedlich sind, aber wir wissen, dass das ein Problem für viele Jugendliche, aber auch für viele Unternehmen ist, dass diese Abbruchquoten da sind. Deswegen ist die Berufs- und Studienorientierung eines der zentralen Themen in dem Zusammenhang, denn je kompetenter diese Berufswahl in der Schule getroffen wird, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass es zu einem Abbruch kommt. Wir meinen, dass unsere Landeskonzepcion zum Thema Berufs- und Studienorientierung, die jetzt in Arbeit ist, in die Jugendberufsagentur übergehen muss. Da gibt es eine Überschneidung, sonst funktioniert das nicht. Es ist nicht so, dass es in der Schule endet, und dann kommt die Jugendberufsagentur, sondern die Berufs- und Studienorientierung und Jugendagentur müssen ineinander übergehen. Noch mal: Das alles wird nicht funktionieren, wenn die betrieblichen Ausbildungsplätze am Ende nicht da sind, wo wir die Jugendlichen hin vermitteln wollen. Das ist ja eines der zentralen Ziele.

Zu Hamburg: Herr Jahnke hat gesagt, Hamburg hat es gemacht und drei Jahre dafür gebraucht. Berlin ist nicht Hamburg, das möchte ich an dieser Stelle auch sagen. Mir ist von vornherein wichtig gewesen – das haben einige von Ihnen auch unterstrichen, insofern sehe ich uns da auch im Einklang –: Wir haben in Berlin Bezirke, die schon sehr weit sind. Die haben ganz eigene Ansätze und Strukturen. Das wollen wir nicht einfach über einen Kamm scheren und sagen: Wir kommen jetzt von oben mit einer neuen Struktur. – Das macht wirklich keinen Sinn, sondern wir wollen gemeinsam mit den Bezirken, der Regionaldirektion und den Senatsverwaltungen im Senat die Jugendberufsagentur in Berlin voranbringen.

Was die Zusammenarbeit mit den Bezirken angeht: Am 13. Juni haben wir unsere Projektvereinbarung unterzeichnet, und seitdem ist in der Tat eine Menge passiert. Herr Jahnke hat es ausgeführt. Frau Radziwill hat angesprochen, wann sich die Lenkungsgruppe konstituiert hat, am 27. August, und wie wir schon berichtet haben, haben diverse Arbeitsgruppen zu den Themen, die Sie angesprochen haben, getagt. Wir sind noch im Zeitrahmen. Es ist wichtig,

dass wir uns eine Zeitschiene vorgenommen haben, und in diesem Rahmen befassen wir uns damit.

Noch zu zwei Punkten, die angesprochen worden sind, was Praktika in der 7. Klasse angeht: Das ist natürlich zu früh. Wir sprechen ja auch mit Unternehmen. Wenn Sie da Siebtklässler als Praktikanten reinschicken, wird es nicht funktionieren. Deswegen ist es ganz wichtig, dass es in der Schule aufeinander aufbauend ein System von Berufsorientierung gibt. In der 7. Klasse geht es erst mal darum herauszufinden, wo die Stärken und die Schwächen liegen. Wir haben „Komm auf Tour“ in Berlin, was sehr gut funktioniert. Darauf aufbauend müsste es in der 8., 9. und 10. Klasse tatsächlich Richtung Betriebspraktika gehen, damit die Jugendlichen auch in Kenntnis von Praxiserfahrung eine Berufsauswahl treffen und nicht nur theoretisch.

Der zweite Punkt, Ressourcen und Personal: Wir haben uns nicht mit der Forderung auf den Weg gemacht, soundso viel mehr Geld zu brauchen, sondern hier geht es darum, dass alle Akteure Hand in Hand unter einem Dach arbeiten, damit bei den Jugendlichen mit Zielperspektiven gearbeitet wird, dass die ihren Weg machen und sich nicht lange in irgendwelchen Schleifen aufhalten. Wenn wir in diesem Prozess feststellen, dass wir mehr Ressourcen brauchen, werden wir das dann natürlich auch mit aufrufen, das ist keine Frage, aber das steht erst mal nicht im Mittelpunkt. Im Mittelpunkt steht, dass alle Akteure Hand in Hand und unter einem Dach im Sinne der Jugendlichen arbeiten.

**Vorsitzende Anja Kofbinger:** Vielen Dank, Frau Senatorin! – Ich habe niemanden mehr auf der Redeliste. Wir vertagen auch diesen Tagesordnungspunkt und rufen ihn wieder auf, wenn das Protokoll vorliegt.

#### Punkt 5 der Tagesordnung

- |    |  |   |
|----|--|---|
| a) | Antrag der Piratenfraktion<br>Drucksache 17/1539<br><b>Keine faulen Scheinlösungen – Gespräche mit den<br/>Refugees am Oranienplatz wieder aufnehmen!</b>        | <a href="#">0163</a><br>ArbIntFrau(f)<br>InnSichO |
| b) | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der<br>Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion<br>Drucksache 17/1818<br><b>Wort halten – Flüchtlinge schützen!</b> | <a href="#">0180</a><br>ArbIntFrau                |

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU  
Drucksache 17/1683

**Initiative für Selbstbestimmung und Akzeptanz  
sexueller Vielfalt weiterentwickeln (II) –  
Geschichtsdokumentation und Forschung**

[0172](#)  
ArbIntFrau

Vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke  
Drucksache 17/1724

**Jeder und jedem eine Chance für Ausbildung und  
Beruf: Wenn Jugendberufsagentur, dann richtig!**

[0174](#)  
ArbIntFrau  
BildJugFam(f)  
Haupt

Vertagt.

Punkt 8 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.